

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 3.

Sonnabend, den 19 Januar 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Wollshagen-Langelsheim a. S.: Die Brüche
Eichenberg und Westerberg. Firma Strube. Jena: Granit-
betrieb, Conradus. Lutter a. B.: Särzer Sandsteinbrüche.
Oldenburg: Firma Högl (für Marmorsteine). Blanken-
burg a. S.: Die Brüche des Unternehmers Schönfeldt.

Luzern (Schweiz). Der Streik der Steinhauer dauert hier
schon 29 Wochen und ein Ende ist noch nicht ersichtlich. Die
Streikenden haben angefangen, nunmehr selbst Arbeiten zu
übernehmen. Die Unternehmer verweigern jede Verkürzung
der Arbeitszeit. Wir warnen deshalb alle Kollegen, im
laufenden Jahre in Luzern Arbeit zu nehmen.

Der Zentralvorstand der Schweiz.

Dänemark. Da die Arbeitsverhältnisse zwischen den Stein-
hauermeistern und den Marmorsteinschleifern in Kopenhagen noch
nicht geordnet sind, bitten wir jeden Marmorsteinschleifer und
Steinhauer nicht nach Kopenhagen zu kommen, bis an dieser
Stelle mitgeteilt wird, daß die Angelegenheit geregelt ist. Ein
deutscher Steinmetz namens Wilhelm Verdix ist auf Rech-
nung eines Kopenhagener Meisters in Hamburg, Bremen,
Köln usw. auf der Suche nach geeigneten Arbeitskräften.
Bis jetzt ist es ihm noch nicht gelungen, deutsche Kollegen nach
Kopenhagen zu schaffen. Schriftliche Anfragen seitens der
Zahlstellen des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes werden
sophort beantwortet.

C. Nyrup, z. B. Vorsitzender,
Kopenhagen, Sundevedsgade 30, III.

Zur Beachtung. An verschiedenen Orten befinden sich
unsre Kollegen in Tarifverhandlungen bzw. in Lohnbewegungen.
Es ist nun unmöglich, auch nicht angebracht, alle diese Orte
zu publizieren. Unseren reisenden Kollegen ist deshalb dringend
anzuraten, bevor sie nach Arbeit umhauen, sich jedesmal bei
der örtlichen Verwaltung zu erkundigen. An jedem Ort muß
dieses beachtet werden.

Deutsche Arbeiterfürsorge.

Der Reichskanzler von Bülow hat an den Vorstand des
Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie,
den Generalleutnant v. Liebert, eine Silvesterpfeife ge-
richtet, die die Stellungnahme der Regierung zum gegen-
wärtigen Wahlkampf beinhalten soll. Diese Wahlkand-
idatur zeichnet sich weder durch einen politischen Inhalt
noch irgend welches blendende Äußere aus, — das Be-
zeichnendste an ihr ist die Adresse, an die sie sich richtet.
Sie bekundet, daß die Reichsleiter sich offiziell in die Hände
der skrupellosesten Scharfmacherorganisation geben, — sie
stempelt die Niederlage der letzteren offiziell zu einer sol-
chen der Regierung. In dieser Rundgebung befindet sich
indes ein Satz, den wir, besonders von unserm gewerks-
chaftlichen Standpunkte aus, einer näheren Prüfung
unterziehen müssen. Herr v. Bülow schreibt:

„Obgleich es ferner keinen Staat gibt, der mehr für
die Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre mate-
riellen und geistigen Bedürfnisse getan
hätte, als das Deutsche Reich, — obgleich die deutschen
Arbeiter die bestgebildeten der Welt sind, halten
doch Millionen bewußt oder als Mitläufer zu einer Partei,
die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus um-
wälzen will. Von solchem Druce muß sich das deutsche
Volk freimachen.“

Wir haben vor wenigen Wochen die gewerkschaftlich
organisierte Arbeiterchaft aufgefordert, für die Wahl von
Sozialdemokraten einzutreten. Wir taten dies in
dem vollen Bewußtsein, daß sich die organisierte Arbeiter-
schaft damit in einen schroffen Gegensatz zur Regierung
stellt und daß die gesamte Gegnerschaft nicht säumen wird,
unsre Gewerkschaften als sozialdemokratische zu
denunzieren. Das hat sie aber auch schon früher getan,
als wir die neutrale Stellung unserer Organisationen vor
aller Öffentlichkeit vertraten und selbst dann, als eben
dieser Stellung wegen die Gewerkschaften aus sozialdemo-
kratischen Kreisen lebhaft angegriffen wurden. Wir mögen
uns zur Sozialdemokratie stellen, wie wir wollen, wir
sind und bleiben deshalb doch die „sozialdemokratischen“
Gewerkschaften, nicht bloß weil die meisten unsrer Mit-
glieder Sozialdemokraten sind, sondern weil unsre Organi-
sationen kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne fordern und
solche zu erkämpfen wissen, weil sie auf dem Boden des
Klassenkampfes stehen, anstatt dem Trugbild einer
Interessenharmonie von Unternehmern und Arbeitern
nachzuhängen. In gleichem Sinne wurden ja auch schon
christliche Gewerkschaften als „sozialdemokratische“ bezeich-
net, die zwar den Klassenkampf in der Theorie schmähen,
aber um seine Praxis nicht herumkommen. Sei es also
drum. Wir werden den Haß der politischen Gegner der
Sozialdemokratie noch zu ertragen wissen, und wenn einige
sozialpolitische Freunde der Gewerkschaften den letzteren
die Freundschaft in aller Form aufkündigen, so wird das
auch noch zu verschmerzen sein. Was aber den Gegensatz
zur Regierung anbelangt, so hat gerade die arbeiter-
feindliche Politik der Regierungen am meisten dazu

beigetragen, die Arbeiter ins sozialdemokratische Lager
hineinzutreiben. Die Politik der Lebensmittelvertierung,
der Verkümmern der Volksrechte, der Klassenjustiz und
der Volksverdummung hat der Sozialdemokratie Mil-
lionen von Stimmen zugeführt; sie ist es auch, die die
gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft um ihrer Selbst-
erhaltung willen zwingt, Gegner dieser Regierung zu
wählen. Eine Regierung, die ein Antigewerks-
chaftsgesetz nach russischem Muster dem Reichstage
vorlegen konnte, dazu bestimmt, die Gewerkschaften im
Paragrafenkampfe mit Behörden und Gerichten aufzu-
reiben, — eine solche Regierung kann von der Arbeiter-
schaft kein Vertrauen fordern!

Um so verwunderlicher klingt es, daß Bülow in so
hohen Tönen die Arbeiterfürsorge des Deut-
schen Reichs rühmt und die Gründe, die die Millionen
von Arbeitern zu Mitkämpfern der Sozialdemokratie
machen, nicht begreifen will. Wenn es wahr wäre, daß
das Deutsche Reich mehr als irgendein Staat der Welt für
die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter ge-
tan hätte, dann wäre die deutsche Arbeiterchaft, diese „best-
gebildete der Welt“, förmlich einer Partei nachzuhängen,
die die gegenwärtigen Zustände von Grund aus bekämpft.
Da nun aber die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesen
Zuständen in so raschem Maße wächst, daß Herr v. Bülow
sich nicht anders mehr als mittels des Reichsverbandes zu
helfen weiß, so muß es doch wohl mit dem offiziellen Lob
der deutschen Arbeiterfürsorge nicht ganz stimmen. Prüfen
wir also, wie es mit der materiellen und geistigen Ar-
beiterfürsorge des Deutschen Reichs bestellt ist.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung
wurden im Jahre 1904 für die gesamten Krankheitskosten
213 931 462 Mk. verausgabt (pro Mitglied 19.97 Mk.).
Die Gesamteinnahmen der Krankenkassen betragen in die-
sem Jahre 246 005 055 Mk., davon aus Beiträgen und
Eintrittsgeldern 230 685 129 Mk. Von diesen 230 Mil-
lionen Mark hat die Arbeiterchaft mindestens 160 Mil-
lionen Mark aus eigener Tasche ausgebracht, etwa 70 Mil-
lionen Mark sind aus Beiträgen der Arbeitgeber geflossen,
die sie ebenfalls an den Arbeitern verdient haben; das
Reich hat indes keinen Pfennig dazugegeben. Nur bei der
Gemeindeversicherung stellen die Gemeinden die Verwal-
tung unentgeltlich, dafür ist diese Art der Krankenversiche-
rung auch die leistungsunfähigste und rückständigste, die
sich zugleich der geringsten Sympathien der Arbeiterchaft
erfreut.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wur-
den 1904 insgesamt 164 132 886 Mk. verausgabt, davon
126 641 740 Mk. für Entschädigungsbeträge, Heil- und
Verdigungskosten (pro Kopf der Versicherten 6.37 Mk.).
Hier werden die gesamten Kosten von den Unternehmern
getragen; das Reich leistet dazu keinen Pfennig Zuschuß
(abgesehen vom Etat des Reichsversicherungsamts).

Für Invaliden- und Altersversicherung
der Arbeiter wurden 1904: 117 100 514 Mk. aufgewendet,
davon 103 080 253 Mk. für Entschädigung (pro Versicher-
ter im Durchschnitt 7.94 Mk.). Die Gesamteinnahmen
betragen im gleichen Jahre 193 224 977 Mk., davon aus
Beiträgen 154 087 799 Mk. Die letzteren sind je zur Hälfte
von den Versicherten und deren Arbeitgebern ausgebracht,
so daß also 77 043 900 Mk. von den Entschädigungs-
beträgen aus Beiträgen der Arbeiter geflossen sind (un-
gerechnet die Selbstversicherten, die den vollen Beitrag
selbst leisten). Bei dieser Versicherung leistet das Reich
einen Zuschuß zu jeder einzelnen Rente in Höhe von 50
Mark, der 1904 den Gesamtbetrag von 45 125 431 Mk.
(pro Versicherter 3.48 Mk.) erreichte.

In allen drei Versicherungszweigen wurden also für
das materielle Wohl der Arbeiter aufgewendet:

Ver- sicherung	Ausgabe für Ent- schädigung Mk.	Beiträge der		
		Arbeiter Mk.	Arbeitgeber Mk.	Reich Mk.
Kranken-	213 931 462	160 012 729	70 670 992	—
Unfall-	126 641 740	—	148 431 221	—
Invaliden-	148 205 684	77 043 900	77 043 900	45 125 431
Insgesamt:	488 778 886	237 056 629	296 146 113	45 125 431

Um also den erkrankten, verletzten und arbeitsunfähig
gemordenen Arbeitern 488 3/4 Millionen Mark Unter-
stützung und Heilkosten usw. zu zahlen, mußten die Ar-
beiter 237 Millionen Mark (41.0 Proz.) aus eigener Tasche
aufbringen; 296 Millionen Mark (51.2 Proz.) verauslagte
das Unternehmertum für die Arbeiter und 45 Millionen
Mark (7.9 Proz.) steuerte das Reich dazu. Im Gesamt-
durchschnitt entfällt auf jeden Versicherten eine Unter-
stützung von 33.67 Mk. pro Jahr oder 9.22 Pfg. pro Tag,
wobon im Verhältnis der Beitragsleistung die Arbeiter
3.77 Pfg. selbst aufbrachten, die Unternehmer 4.78 Pfg.
verauslagten und das Reich 0.67 Pfg. täglich für jeden
Versicherten hinzusteuer. Um Mißverständnissen vorzu-
beugen, wählen wir für die Leistungen der Unternehmer
den Ausdruck „verauslagten“; in Wirklichkeit zahlt auch
kein Unternehmer die Versicherungsbeiträge aus seiner
Privatschatulle, sondern er entnimmt sie den Betriebs-
ergebnissen, die ihm seine Arbeiter „erarbeiten“ müssen.
Richtig ausgedrückt handelt es sich auch hierbei um Ar-

beiterbeiträge. Auf 3/4 Pfg. pro Tag reduziert sich also
der gesamte Zuschuß des Reichs zu den materiellen Bedürf-
nissen des einzelnen versicherten Arbeiters, während die
Arbeiter mehr als das Fünffache aus eigenen Mitteln und
das Zwölffache aus dem Ertrage ihrer Arbeitskraft dafür
aufbringen müssen. So sieht es also auf dem Gebiete der
amtlichen Sozialpolitik aus. Gewiß tritt das, was die
Arbeiter aus freier Initiative leisten, an Bedeutung hinter
die Gesamtleistungen der Zwangsversicherung zurück,
die ebensovielen Millionen von Arbeitern umfaßt, als die
Gewerkschaften Hunderttausende. Aber diese Hundert-
tausende haben neben den Leistungen der Zwangsversiche-
rung in den Gewerkschaften ein Unterhaltungs-
wesen geschaffen, das im gleichen Jahre 1904: 11.1 Mil-
lionen Mark für Unterstützungszwecke verausgabte. Neben
den 3 3/4 Pfg. Beiträgen pro Tag für die Arbeiterversiche-
rung brachte jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter
noch 7.2 Pfg. für Gewerkschaftszwecke auf, von denen 2.9
Pfennige direkten Unterstützungszwecken zugewendet
wurden.

Und nun betrachten wir einmal, was das Reich den
Arbeitern für die zwei Drittel eines Pfennigs, den es ihnen
täglich schenkt, wieder nimmt. An Zöllen und Verbrauchs-
steuern muß das deutsche Volk nach dem Etat für 1907/08
967.6 Millionen Mark aufbringen, das ist pro fünfköpfige
Familie ein Betrag von 85 Mk. Da es sich bei den Reichs-
steuern vorzugsweise um Lebensmittelsteuern (Getreide,
Salz, Petroleum, Kaffee, Fleisch, Tabak, Bier, Brannt-
wein) handelt, um die „Luxusgegenstände der großen
Masse“, wie Bismarck sie 1875 im Reichstage bezeichnete,
und da ferner die zahlreichsten Familien in Arbeiterkreisen
zu finden sind, so ist anzunehmen, daß die Reichssteuern
den Arbeiterhaushalt eher noch stärker belasten. Das ist
aber nur ein Teil der Abgaben des Arbeiterhaushalts. Die
deutschen Zölle sind Schutzzölle; sie verteuern nicht nur
das vom Ausland hereinkommende Getreide, Fleisch und
sonstige Produkte, sondern auch das inländische, wofür der
Konsument einen gleichen Tribut an den Junker und
Grundbesitzer zahlen muß. Von je 100 Kilogramm Brot-
getreide, das in Deutschland konsumiert wird, werden nur
etwa 15 Kilogramm eingeführt; beinahe sechsmal so viel
Getreidezoll, als an das Reich, muß das deutsche Volk noch
an die Junker zahlen. Und das ist nicht der einzige
Junkertribut. Von allen inländischen Nahrungsmitteln,
als Eier, Hülsenfrüchte, Fleisch, Fleischwaren usw., muß
das Volk einen dem Auslandszoll gleichkommenden Be-
trag den deutschen Grundbesitzern zahlen. Vom Brannt-
wein zahlt es neben den 116.8 Millionen Mark Reichs-
steuern eine Liebesgabe von 45 Millionen Mark an die
Brennereibesitzer, die überdies vom Reich 16 Millionen
Mark Prämien infolge der Art der Maßraum- oder
Brennsteuererhebung einstecken. Die Sperrung der Gren-
zen gegen ausländisches Schlachtvieh hat den Preis des
Schweinefleisches seit 1904 von 1.32 Mk. pro Kilogramm
auf 1.73 Mk. gesteigert, den des Hammelfleisches von 1.41
Mark auf 1.65 Mk., den des Kalbfleisches von 1.44 Mk. auf
1.69 Mk. und den des Rindfleisches von 1.21 Mk. bezw.
1.43 Mk. (Keule) auf 1.43 bezw. 1.67 Mk., also Preis-
steigerungen von 22—41 Pfg. pro Kilogramm. Nach den
Normalrationen der Marineverwaltung soll ein Mann
pro Woche je 800 Gramm Rind- oder Hammelfleisch und
750 Gramm Schweinefleisch erhalten. Berechnet man den
Verbrauch einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie nur auf das
dreifache Quantum, so beträgt die Mehrbelastung dieses
Arbeiterhaushalts infolge der Fleischsteuerung pro Jahr
80.77 Mk., ungerechnet die Mehrausgaben für Fleisch-
waren. Dazu kommt, daß der Kleinhandel eine weitere
Belastung der kleinsten Konsumenten mit sich bringt.

Auch damit sind die Wirkungen der Zollpolitik nicht er-
schöpft. Die Zigarettensteuer, die die Steuerfuge nach dem
Verkaufspreis der Zigaretten bemißt, bedeutet eine direkte
Prämie für den Lohnruß, denn wenn der Fabrikant
durch Lohnabzüge imstande ist, die Zigarette etwas billiger
zu verkaufen, profitiert er zugleich an der Steuer.

So drückt also die Zoll- und Steuererhebung des
Reichs zugleich auf Lohnhöhe und Lebenshaltung der Ar-
beiter. Für die 3.48 Mk., die das Reich dem Arbeiter jähr-
lich in Gestalt eines Zuschusses schenkt, nimmt es ihm im
Wege der Lebensmittelvertierung das Hundertfache wie-
der ab, und wenn dieser Betrag nicht erreicht wird, so ist
dies der Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiter
geschuldet, die das Fleisch bereits zum wirklichen Luxus-
gegenstand der großen Masse des Volkes gemacht hat und
die besseren Lebensmittel durch billigere, schlechtere ersetzt.

Überdies nimmt das Reich den Arbeitern nicht bloß
von dem, was diese konsumieren, sondern auch ganz direkt
von dem, was es ihnen „schenkt“. Als im Jahre 1903
die Seeresausgabe von 659 Millionen Mark (1902) auf
742 Millionen Mark und die Marineausgaben von 224
Millionen auf 265 Millionen Mark stiegen, da suchte die
Regierung zu sparen, und sie fand heraus, daß die in-
validen Arbeiter zu viel erhielten. Es
waren 1902 142 780 Invalidenrenten und 1903 sogar
152 871 bewilligt. Da fand man glücklich heraus, daß es
Invalidenrentner gäbe, die etwas mehr als ein Drittel
der früheren Erwerbsfähigkeit besaßen, und flugs wurde
diesen Invaliden die Rente entzogen, wodurch das Reich in

Korrespondenzen.

jedem Falle 50 Mk. sparte, die armen Leute aber auch um die Rente kamen. So brachte man es fertig, daß 1904 bloß noch 140 092, 1905 nur 122 869 und 1906 nur etwa 112 000 Invalidenrenten bewilligt wurden, seit 1903 also mindestens 83 600 Renten gespart wurden! Das Reich sparte in den drei Jahren 4,2 Millionen Mark, und den armen Leuten wurden ca. 10 Millionen Mark Renten „erspart“.

Das ist die Arbeiterfürsorge des Deutschen Reichs, das mehr als ein anderer Staat der Welt für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan haben will. Für die geistigen Bedürfnisse sorgte wohl das preussische Volksschulgesetz, das die Volksschule unter den verpflanzenden Einfluß der Kirche stellte. Für andere Kulturaufgaben ließ die wahnsinnige Seeres- und Marinerüstung, die Kolonial- und Weltmachtspolitik leider kein Geld mehr übrig.

Das ist das Deutschland, das auf dem Gebiete der Sozialpolitik an der Spitze der Nationen marschiert!

Wie sieht es nun in den übrigen Ländern aus? Gewiß, wir geben ohne weiteres zu, daß ihre staatliche Arbeiterversicherung sich mit derjenigen des Deutschen Reichs nicht messen kann. Nur die Unfall- bzw. Haftpflichtversicherung ist weiter entwickelt. In Oesterreich und Dänemark ist auch die Krankenversicherung staatlich geregelt, bzw. wird sie vom Staate unterstützt. In den meisten Ländern hat man die Arbeiterversicherung der privaten Selbsthilfe überlassen. Nun hat diese Selbsthilfe zwar für die Beteiligten ganz andere Ergebnisse zuwege gebracht, als die deutsche Zwangsversicherung mit ihren 9,2 Pfg. pro Tag, von denen das Reich ganze 3/5 Pfg. hinzusteuert. Aber die deutsche Zwangsversicherung erspart Millionen, die erfahrungsgemäß von jeder Selbsthilfe ausgeschlossen bleiben, und deshalb ist sie der letzteren sicherlich überlegen.

Indes ist das nur eine Fürsorge für Ausnahmeverhältnisse. Wichtiger für jeden Arbeiter ist das, wovon er sein Dasein befreit, sein Lohn und seine ganze Lebenshaltung, und derjenige Staat sorgt am besten für seine Arbeiterbevölkerung, der ihr nicht bloß Sicherheit gegen Unglück, sondern die Garantie eines auskömmlichen Lebens, einen möglichst hohen Anteil an den Errungenschaften moderner Kultur gewährt. Wie stellt sich nun Deutschland auf diesem Gebiete gegenüber dem Auslande?

Das nordamerikanische Arbeitsdepartement hat vor kurzer Zeit eine Untersuchung über die Lohnhöhe, Arbeitszeit und Lebenshaltung der Arbeiter in verschiedenen Staaten veranstaltet. Die ersten Ergebnisse derselben dringen jetzt in einer Bearbeitung von G. Feiß in Schmollers Jahrbuch der Sozialwissenschaft in die Öffentlichkeit. Es ist von hohem Interesse, daß es ein angesehenes Organ der bürgerlichen Nationalökonomie ist, das auf dieses Zahlenmaterial die Aufmerksamkeit lenkt. Das sichert uns gegenüber dem sonst leicht erhobenen Vorwurf tendenziöser Darstellung. Wir geben aus dem vergleichenden Zahlenmaterial die Löhne einiger Arbeitergruppen in den vier Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Vereinigte Staaten wieder. Die Zusammenstellung läßt erkennen, daß fast überall die Entlohnung der Arbeitskraft in Deutschland die schlechteste ist. Danach wurden 1903 an Stundenlöhnen gezahlt:

	Vereinigte Staaten	Großbritannien	Frankreich	Deutschland
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Maurer . . .	2.19	0.82	0.53	0.53
Steinmehrer . . .	1.83	0.83	0.58	0.53
Schrittgeher . . .	1.79	0.72	0.52	0.56
Zimmerer . . .	1.44	0.81	0.62	0.52
Maler . . .	1.38	0.71	0.50	0.48
Schmiede . . .	1.18	0.70	0.65	0.49
Ungelernte . . .	0.67	0.41	0.39	0.32

Hiernach erhalten die deutschen ungelerten Arbeiter nicht einmal die Hälfte des Lohnes (47,6 Proz.), den die ungelernete Arbeitskraft in Nordamerika bezieht. Noch kraßer ist der Unterschied natürlich in den gelerten, gut organisierten Berufen, wo bei den Schmieden der deutsche Stundenlohn auf 41,9 Proz., bei den Zimmerern auf 36,2 Proz., bei den Schriftgebern auf 31,6 Proz., und bei den Maurern sogar auf 24,3 Proz. des amerikanischen Stundenlohns herabsinkt. Dabei handelt es sich um Berufe, die auch in Deutschland zu den bestorganisierten zählen und die den Lohn von 52 bis 56 Pfg. pro Stunde erst nach zähen Kämpfen auf diese Höhe gebracht haben. Im Jahre 1904 zeigt sich bei den nordamerikanischen Arbeitergruppen eine weitere Steigerung der Stundenlöhne. So betrugen dieselben in Mark bei den Walzwerkarbeitern 2,68 Mk., Maurern 2,33 Mk., Maschinenführern 2,20 Mk., Stufkatoren 2,16 Mk., Steinseher 2,07 Mk., Schriftgeher 1,97 Mk., Dachdecker und Steinmehrer 1,87 Mk., Schriftgeherinnen 1,52 Mk., Tapezierer 1,46 Mk., Zimmerer 1,45 Mk., Maler 1,42 Mk., Maschinenführerinnen 1,24 Mk., Bäcker 1,13 Mk., Schmiede 1,07 Mk., Ungelernte 0,72 Mk. und Teppichweberinnen 0,67 Mk. Nur der Stundenlohn der Schmiede weist hier einen Rückgang auf. Im allgemeinen entsprechen die niedrigsten Löhne der ungelerten Arbeiter in Nordamerika (sie schwanken in den einzelnen Städten zwischen 0,57 und 1,21 Mk.) denen der höchstgelohnten deutschen Berufe.

Dabei ist die Arbeitszeit fast durchweg kürzer als in Deutschland. Es betrug die wöchentliche Arbeitsdauer in den vorgenannten vier Staaten:

	Vereinigte Staaten	Großbritannien	Frankreich	Deutschland
	Stunden	Stunden	Stunden	Stunden
Maurer . . .	56,2	53,6	51,5	60,0
Steinmehrer . . .	49,4	50,1	66,0	56,5
Schriftgeher . . .	49,8	50,0	60,0	51,1
Zimmerer . . .	49,4	50,1	60,0	55,3
Maler . . .	49,0	51,0	60,0	56,2
Schmiede . . .	56,6	53,0	60,2	59,9
Ungelernte . . .	56,4	52,5	60,0	56,3

Hiernach ist die Arbeitsdauer nur in Frankreich länger als in Deutschland. Ein Vergleich dieser Ueberlicht mit denen der Stundenlöhne bestätigt drastisch den bekannten Satz, daß den höchsten Löhnen in der Regel auch die kürzesten Arbeitszeiten zur Seite stehen. Nach diesen Ergebnissen steht die deutsche Arbeiterfürsorge keineswegs glän-

zend da. Der deutsche Arbeiter würde herzlich gern die gesamte staatliche Zwangsversicherung darangeben, wenn er dafür die Löhne und Arbeitsdauer der englischen und nordamerikanischen Arbeiter eintauschen könnte.

Nach einer Einkommen- und Lebenshaltungstatistik, die sich auf 24 402 nordamerikanische Arbeiterfamilien stützt, hatten ein Gesamteinkommen:

	Bergbau	Eisen und Stahl	Textilindustrie	Landwirtschaft
unter 1200 Mk.	8,71 Proz.	2,12 Proz.	11,60 Proz.	42,39 Proz.
1200—1800 "	19,92 "	6,50 "	14,85 "	23,88 "
1800—2000 "	26,31 "	14,42 "	23,83 "	13,64 "
2000—2400 "	16,88 "	16,83 "	14,23 "	6,13 "
2400—2800 "	10,95 "	17,07 "	12,28 "	8,46 "
2800—3200 "	7,25 "	20,96 "	9,50 "	0,77 "
3200—3800 "	3,16 "	9,48 "	3,10 "	0,77 "
4000 u. mehr "	2,51 "	5,46 "	2,97 "	— "

Die durchschnittliche Einnahme einer Arbeiterfamilie (im Durchschnitt 4,88 Köpfe stark) betrug 2989 Mk., die Jahresausgabe 2796 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf Nahrung 1251,68 Mk., auf Kleidung 379,96 Mk. und auf Miete 473,60 Mk. im Durchschnitt. Die Unternehmung von 19 000 Arbeitermietwohnungen ergab eine Durchschnittsgröße von 4,67 Räumen zum Preise von 466,20 Mk. Wo fände der deutsche Arbeiter für diesen Preis eine solche Durchschnittswohnung? In Berlin kostete im Jahre 1900 eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche schon 425 Mk. und eine Wohnung, die aus einem einzigen Raum bestand, 232 Mk.! Noch günstiger stellt sich das Verhältnis mit den Eigenhäusern der Arbeiter, auf die im Durchschnitt 5,12 Räume entfallen. Dabei wird angegeben, daß mehr als ein Fünftel der Arbeiter in Eigenhäusern wohnen. In Berlin müßte eine Arbeiterfamilie, die nur eine halb so große Wohnung erschwingen will, als die meisten amerikanischen Arbeiterfamilien, mindestens 2500 Mk. jährlich verdienen. Aber 93 Proz. der eingeschätzten Personen in Berlin hatten nicht einmal 2000 Mk. Einkommen. „Trotzdem ein amerikanischer Arbeiter kaum mehr anlegt, als eine kinderreiche Familie, die in Berlin noch halbwegs menschenwürdig wohnen will, kommen auf jede Familie 4 bis 6 Räume und auf jede Person ein Raum“, schreibt Feiß.

Zu beachten ist auch, daß die meisten Nahrungsmittel in den Vereinigten Staaten nicht teurer, sondern wesentlich billiger sind, als in Deutschland. So kostete 1 Pfund (450 Gramm) Rindfleisch in Newyork 41 bis 81 Pfg., in St. Louis 35 bis 64 Pfg., Schweinefleisch 48 bis 53 Pfg. bzw. 30 bis 57 Pfg.; die höheren Preise entsprechen dabei den besten Fleischsorten. Das durchschnittliche Jahresbudget einer Arbeiterhaushaltung (von 4,88 Köpfen im Durchschnitt) wies folgenden Verbrauch auf: Ochsenfleisch 349,7 Pfund frisch, 48,6 Pfund gefalzen; Schweinefleisch 114,2 Pfund frisch, 110,5 Pfund gefalzen; Butter 117,1 Pfund; Mehl 630,8 Pfund; Zucker 168,5 Pfund; Kaffee 46,8 Pfund; Milch 354,5 Quart; Brot 252,7 Loibe. 623 Pfund Fleisch pro Jahr für eine Arbeiterfamilie, täglich 1,7 Pfund, — wo ist in Deutschland auch nur eine Arbeiterfamilie, die dieses Ernährungsniveau zu erhalten vermöchte, das den Durchschnitt der Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterfamilien bezeichnet?

1,7 Pfund Fleisch jeden Tag! Muß sich da nicht der Neid eines deutschen Familienvaters regen, der blutenden Herzens seinen Kindern und sich selbst dieses Nahrungsmittel versagen muß, weil man es für die Seinen zu einem Lederbissen gemacht hat, und zugleich der Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die sich solchergestalt an der arbeitenden Bevölkerung verjüngt?

An diesen Zahlen läßt sich erst erkennen, was Deutschland für seine Arbeiter getan hat, indem es ihnen die Lebenshaltung systematisch verteuerte und vertümmerte, um Milliarden für Militär- und Weltmachtzwecke und abermals Milliarden für die Junker und Schlotbarone herauszupressen. „Heraus-zupressen“ in des Wortes vollster Bedeutung, — einen andern Ausdruck gibt es nicht für Abgaben, die der Arbeiter bei Strafe des Hungers zahlen muß. In England gibt es zwar einen Tabak- und Spirituszoll, aber die notwendigen Lebensmittel sind frei geblieben; dort gibt es weder Brot- noch Fleischsteuern; dafür bringt die englische Bourgeoisie ca. 1200 Millionen an Vermögens- und Erbschaftsteuer auf und läßt die Einkommen unter 3000 Mk. steuerfrei. Als der Burenkrieg in England erhöhte Anforderungen stellte, legte sich die Nation einen Getreidezoll von 50 Pfg. pro Doppelzentner auf, den sie nach zwei Jahren wieder abschaffte. In Deutschland hat man die Einkommen schon von 500 Mk. an (Sachsen) besteuert; die im Vorjahr eingeführte Erbschaftsteuer ist so milde gestaltet, daß sie nur noch 72 Millionen Mark ergibt. Dafür ist der Getreidezoll von 3 1/2 auf 5 1/2 Mk. erhöht. Hier hat Herr v. Bülow die Erklärung, weshalb Millionen von Arbeitern bewußt oder als Mitläufer der Sozialdemokratie anhängen. Sie widerlegt zugleich an der Hand stichhaltiger Tatsachen seine Behauptung, daß Deutschland mehr als irgendein anderer Staat für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter gesorgt habe. Es hat im Gegenteil mehr als irgendein Staat dafür gesorgt, das materielle und geistige Niveau seiner Arbeiter herabzudrücken, es den herrschenden Klassen zu opfern.

Wenn trotzdem die deutschen Arbeiter als die intelligentesten der Welt bezeichnet werden, — wir sind bescheiden genug, in dieses Lob nicht einzustimmen —, so danken sie ihre heutige Stellung in nichts den Regierungen und den herrschenden Klassen, sondern einzig und allein der mehr als 40jährigen politischen und gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit in Organisation und Kampf, die mit dem Wirken der Sozialdemokratie unlöslich verknüpft ist. Aus eigener Kraft ist die deutsche Arbeiterklasse geworden, was sie ist, und in stetem Kampfe gegen das offizielle Reich hat sie diese Stellung errungen. Und so beschämenswert der Vergleich der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gegenüber denen anderer Staaten ausfällt, — selbst dieses Niveau gönnt die herrschende Klasse den Arbeitern nicht, sondern sucht es durch ihre Politik der Volksausbeutung, Volksentrechtung und Volksverdummung herabzudrücken. Sehr richtig schreibt Herr v. Bülow:

„Von solchem Druck muß das deutsche Volk sich frei machen! Deshalb wählen die Millionen deutscher Arbeiter am 25. Januar Sozialdemokraten!“

Augsburg. Am Sonntag, den 6. Januar 1907, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die gut besucht war. Die Kollegen legten bei allen zur Sprache gebrachten Punkten lebhaftes Interesse an den Tag. Zwei seit längerer Zeit erkrankte Kollegen erhielten eine nochmalige Unterstützung aus der Lokalkasse zugewiesen. Nach Erledigung weiterer unwesentlicher Punkte berichtete der Vorstand über seine Tätigkeit im verfloßenen Jahre. Es fanden statt im Jahre 1906 12 ordentliche und 3 außerordentliche Versammlungen; außerdem 6 Vorstandssitzungen und 4 Revisionen, bei denen stets Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden wurden. Eingegangen sind 101 Briefe usw., abgelehnt bzw. erledigt wurden 198 Schriftstücke. Verkauft wurden u. a. 2563 Beitragsmarken. Die Einnahmen betragen 1215,50 Mk., die Ausgaben 1086,11 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 129,39 Mk., in dieser Summe sind 100 Beitragsmarken unbegriffen, die bei der Zentralkasse bereits bezahlt sind. Für Streiks und Ausperrungen wurden 145,40 Mk. ausgegeben, von denen 85,40 Mk. durch Extrabeiträge aufgebracht wurden. Die Zahlstelle führte im Frühjahr 1906 eine Lohnbewegung, wodurch ein Minimalstundenlohn von 48 Pfg. erreicht wurde. Der mit den Meistern abgeschlossene Arbeitsvertrag mit dreimonatiger Kündigung hatte ursprünglich Gültigkeit bis 19. März 1907. Da er aber von seiner Seite gekündigt wurde, läuft er bis 19. März 1908 weiter. Mit dem 1. Juli 1906 trat die Zahlstelle der ersten Klasse der Beitragsleistung bei und beschloß, pro verkaufte Beitragsmarke 2 Pfg. an die Kasse abzuliefern. Der Gewerkschaftsverein Augsburg errichtete 1906 ein Arbeitersekretariat, welchem sich die Zahlstelle mit einem Beitrag von 10 Pfg. pro Mitglied und Monat anschloß. Diesen Monatsbeitrag befreiten die Kollegen, nach einstimmigem Beschluß in den Monaten April bis Oktober aus eignen Mitteln; in den Monaten November bis März wird derselbe aus der Lokalkasse bezahlt. Die Kollegen erhalten die Beiträge hierzu durch Marken quittiert. Unlänglich des letzten Maurerstreiks dahier wurden Kollegen verschiedentlich von den Streikposten als arbeitswillige Maurer betrachtet und beschäftigt, wenn sie abends nach Hause gingen, da die Kollegen keine Kontrollkarten inne hatten, um sich ausweisen zu können. Um solche Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden, hatte der Vorstand Kontrollkarten anfertigen lassen, was schließlich von den Kollegen gutgeheißen wurde. Nach dem Bericht des Vorstands, welcher von den Kollegen beifällig aufgenommen wurde, fand die Neuwahl statt, die eine einstimmige Wiederwahl der alten örtlichen Verwaltung ergab. Die Auszahlung der Reiseunterstützung wird seitens des Vorstands Kollegen Fischer wieder in derselben Weise gegeben, wie 1906. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die Kollegen einige beherzigenswerte Worte dahingehend, die Kollegen möchten im neuen Jahre allen Verbands- und andern gewerkschaftlichen Fragen mit stets steigendem Interesse entgegenkommen zur gedeihlichen Weiterentwicklung der ganzen modernen Arbeiterbewegung.

Bayreuth. Am Sonntag, den 6. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Besuch derselben war gegen den Besuch der bisherigen Versammlung etwas besser, ließ jedoch immer noch zu wünschen übrig. Zum Vorstandsbericht erörterte Kollege Schmidt die allgemeine Lage in der Gewerkschaft, hält einen Rückblick auf das verfloßene Jahr und führte u. a. aus, daß dieses Jahr ein Jahr des Kampfes, wie ebenfalls seine Vorgänger waren, verweist dann auf den immer mehr zunehmenden Zusammenschluß der Unternehmer und die immer schärfer werdenden Lohnkämpfe, aus welchen die Arbeiter ihrerseits die nötigen Konsequenzen ziehen müssen und sich ebenfalls bis auf den letzten Mann ihren Organisationen anschließen sollten. Er streift ferner die Beschlüsse des letzten Verbandstags und konstatiert, daß die im Fichtelgebirge anfangs vorhandene Mißstimmung gegen die dieselben nachgelassen und daß sich alle Zahlstellen diesen Beschlüssen gefügt haben. Er verweist ferner auf die Nürnberger Vorgänge gelegentlich des Streiks in den Unionwerken, woraus zu ersehen ist, daß Staat und Gemeinde mit Unternehmertum als dritten im Bunde jederzeit bereit sind, die berechtigten Forderungen der Arbeiter mit dem Polizeinüppel oder mit Waffengewalt zu unterdrücken. Unsere letzte Lohnbewegung mag zwar manchen nicht ganz befriedigt haben, doch ist immerhin ein Fortschritt zu verzeichnen. Die Bibliothek erfährt eine Vergrößerung um mehrere Werke sozialpolitischen Inhalts. Zum Schluß seines Berichts ersucht der Vorsitzende die Kollegen um etwas besseren Versammlungsbesuch, als es im verfloßenen Jahre der Fall war. Der Kassenbericht ergab einen Kassenbestand von 69,58 Mk., wozu noch das vorhandene Markenmaterial kommt, welches schon bezahlt ist. Die Revisionen erklärten, Bücher und Kasse in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Christian Schmidt Vorsitzender, Georg Schöberlein Kassierer, Anton Beck, Schriftführer, Joseph Kästle, Beisitzer, Adam Treuburger und Nikolaus Geißler, Revisoren, Christian Schmidt und Fritz Schmidt, Kartelldelegierte, Hans Bayerlein, Georg Wösch und Nikolaus Geißler zur Lohnkommission, Adam Schott, Verbreiter des Steinarbeiters. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten geregelt wurden und 10 Mk. zum Wahlfonds bewilligt, war Schluß der Versammlung.

Dortmund. Am 6. Januar fand im Lokale Körner-Eiche die erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre statt. Nach Erledigung der Aufnahmen und Beitragszahlung wurde vom Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1906 bekannt gegeben. Es verblieb als Lokalfonds 167,26 Mk., und 40,25 Mk. Markenwert und ausgeliehene (?) Gelder. Das Lokalvermögen beträgt mithin 207,76 Mk. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Unter Neuwahl des Vorstands wurden gewählt als 1. Vorsitzender: Kollege August Hüster, Heinrichstr. 14, Kollege Dute als 2. Vorsitzender, Kollege Wilhelm Schneider als Kassierer. Kollege Hermann Prothmann als Schriftführer und die Kollegen Nübel und Complet als Revisoren. Es wurde noch der Beschluß gefaßt, die Versammlungen am 1. und 3. Sonntag eines jeden Monats, morgens um 9 Uhr, abzuhalten. Die Kollegen wurden ermahnt, diese Versammlungen zahlreicher und pünktlicher zu besuchen, ferner mehr Interesse an unserer Gewerkschaftsbewegung zu zeigen. Unter Verschiedenes brachte der Kassierer Schneider den Antrag ein, das Lokalvermögen in der Sparkasse zinstragend anzulegen. Es wurden die Kollegen Dute und Nübel beauftragt, 100 Mk. in der städtischen Sparkasse anzulegen. Es wurden die Kollegen noch ersucht, die persönlichen Reibereien beiseite zu lassen und mitzuhelfen an dem Ausbau unserer örtlichen Organisation. Hierauf Schluß der Versammlung.

Erfurt. Am 9. Dezember hielt unsere Zahlstelle ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend, waren die Kollegen nicht zur Stelle. Nachdem die Versammlung eröffnet, erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal. Kassenbestand vom 3. Quartal 723 Mk.; Einnahme 568,65 Mk., Ausgabe 499,62 Mk., mithin eine Mehreinnahme in diesem Quartal von 69,03 Mk. und ein jetziger Kassenbestand von 792,03 Mk. Die Gesamtjahresrechnung belief sich auf 2870,22 Mk., die Gesamtjahresausgabe auf 2078,19 Mk., so daß obiger Bestand verbleibt. Die Revisoren, sowie die Vorstandsmitglieder bestätigten, die Bücher sowie Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben und wird dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf gibt der Vorsitzende seinen Jahresbericht. Der Vorstand hat in diesem Jahre 14 Versammlungen einberufen. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen ein guter. Diese 14 Versammlungen waren insgesamt

von 174 Kollegen besucht, was einen Durchschnitt von 34 Mann pro Versammlung ergibt. Zur Beratung der örtlichen Angelegenheiten fanden 15 Vorstandssitzungen statt. Die Zugehörigkeit zum Sozialdemokratischen Verein kann auch eine gute genannt werden. Im vorigen Jahresbericht wurden 27 Kollegen gezählt, jetzt 42. Von Lohnbewegungen wurden wir in diesem Jahre verschont, da unser Tarif auf zwei Jahre festgelegt ist. Differenzen waren einige zu verzeichnen, da die Unternehmer Tarif und Bundesratsverordnung nicht einhielten. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Als erster Vorsitzender Philipp Wagner, Stellvertreter Otto Mönch, Kassierer Otto Reisinger, Schriftführer Theodor Koch, Revisoren Max Rausch, Karl Heinemann und Joseph Petermann, Kartelldelegierte Hermann Bühler, Bartholomäus Donhaufen und Ludwig Bischof zum Delegierten der Bauarbeiterkommission; derselbe gibt hierauf einen Bericht von der letzten Sitzung, woraus zu entnehmen ist, daß in nächster Zeit ein Kurzus veranstaltet wird, um bei Unglücksfällen, vor Ankunft des Arztes, dem Verunglückten die erste Hilfe angebeihen lassen zu können. Zu diesem Kurzus meldeten sich auch mehrere von den anwesenden Kollegen. Wagner teilt den Anwesenden mit, daß alle wahlberechtigten Kollegen in der Wählerliste stehen, fordert dringend, daß jeder einzelne seine Pflicht erfülle und kräftig agitiere, um unserem Genossen Schulz zum Siege zu verhelfen; ein Antrag, bis zur Wahl jeden Sonnabend Sammelkarten auf den Plätzen zirkulieren zu lassen, wird angenommen. Nach einem kräftigen Mahnwort des Vorsitzenden, in diesem Jahre tüchtig mitzuarbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Essen. Hier fand am 5. Januar die erste diesjährige Mitgliederversammlung statt. Das Ableben unseres braven Kollegen Ferdinand Jünder wurde in der üblichen Weise geehrt. Beschlossen wurde, ihm einen Kranz zu widmen und die Kollegen ersucht, sich zahlreich an der Beerdigung zu beteiligen. Zum Wahlfonds des jetzigen Wahlkampfes wurden 30 Mk. bewilligt. Ferner wurde beschlossene, einen Schrank anzuschaffen zur Aufbewahrung des örtlichen Materials, sowie zur Placierung einer Bibliothek, die mit der Zeit angeschafft werden soll. Im Punkt Verschiedenes entspann sich noch eine scharfe Kritik über das Verhalten der Zentralleitung in der Maßregelungsangelegenheit des Kollegen Rehhöfer. Es wurde bedauert, daß die Zentralleitung handle wie sie wolle. (?) Wenn der betr. Fall eben nicht als Maßregelung anzusehen sei, so sei er andererseits doch als Solidaritätsstreik anzusehen, und die Unterschrift des Unterstützungsantrags von drei Kollegen doch jedenfalls so viel maßgebend, daß die Sache als begründet zur Unterstützung anzusehen sei. Der Kollege Rehhöfer ist noch arbeitslos und hier verheiratet. Er ist bei jeder Sache für die Organisation an der Spitze und hat sehr viel für die Organisation getan. Dies alles werde jedenfalls der Zentralleitung bekannt sein. Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, den 19. Januar, abends 8 Uhr, statt.

Heidingsfeld. Am 5. Januar fand im Gasthaus zum weißen Lamm eine gutbesuchte Versammlung statt. Die Tagesordnung war eine reichhaltige. Zunächst erstattete der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht vom verfloffenen Jahre, woraus zu entnehmen, daß die Mitglieder fleißig zusammen gearbeitet haben und dadurch auch mehrere Kollegen unsern Verbände zuführten. Hierauf wurde dem langjährigen Kassierer für seine im verfloffenen Jahre geleistete Arbeit gedankt. Bei Punkt Neuwahl wurden die Kollegen Michel Stumpf als Vorsitzender, Christoph Schwind als Kassierer und Schulz als Schriftführer gewählt. Zum Beisitzer wurde Sebastian Schmitt und als Revisoren Kunz und Henne bestimmt. Ins Kartell wurden Schulz und Schmitt entsendet. Beim Punkt Verschiedenes wurde der Antrag angenommen, bei Beerdigungen von Kollegen zu seiner Ehrung einen entsprechenden Kranz am Grabe niederzulegen. Zum Wahlfonds für die bevorstehende Reichstagswahl wurden 10 Mk. aus der Ortskasse genehmigt, doch soll noch einmal dazu beigetragen werden. Zum Schlusse wurden noch die Kollegen aufgefordert, sie möchten sich recht fleißig an der Wahlagitation beteiligen, was auch von den Kollegen für selbstverständlich gehalten wurde.

Kiel. Auf den Versammlungsbericht in Nr. 2 des Steinarbeiters unter Kiel II sendet die Firma Richard Schlauch, Inhaber der Firma Schlauch u. Köhler, eine Richtigstellung, worin die Behauptung, daß in ihrem Betriebe arge Zustände herrschen, als eine Unwahrheit bezeichnet wird und gibt dazu nachstehende Aufklärung:

Auf Wunsch meiner Leute ist seit circa 4 Jahren im maschinellen Betrieb die Frühstückspause in Wegfall gekommen, jedoch ist den Leuten gestattet, ihr Frühstücksbrot während der Arbeitszeit einzunehmen. Daß sich keiner von den Beteiligten hierdurch geschädigt fühlt, beweist, daß diese Einrichtung bereits 4 Jahre besteht.

Ferner ist es unklar, daß ich in meiner Marmor-schleiferei Stundenlohn habe einführen wollen, noch eingeführt habe. Wohl habe ich seit kurzem freiwillig den Stundenlohn für Marmor-schleifer von 40 auf 45 Pfg. pro Stunde erhöht, bei den Maschinen-schleifern der Granit-schleiferei seit August 1906. Durch Verbesserungen in meiner Schleiferei sind die Marmor-schleifer jetzt in der Lage, den Quadratmeter Marmor schneller fertig zu stellen, als vordem. In Anbetracht dessen sind die Akkordsätze für Marmor herabgesetzt worden und zwar seit 6 Wochen. Vor der Verbesserung verdienten die Marmor-schleifer durchschnittlich pro Stunde im Akkord circa 60 Pfg., und jetzt kommen diese auf denselben Lohn, also eine Kürzung des Lohnes ist nicht eingetreten.

Soweit die Verichtigung, wie sie auf den Bericht Bezug nimmt. Demnach scheint die Ausführung in dem angezogenen Bericht, daß ein gewisser Prozentsatz nicht zur Auszahlung gelangt, nicht abgegriffen zu werden. Daß damit ein Zustand besteht, durch den die betreffenden Arbeiter geschädigt werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Und daß eine Einrichtung, welche bereits 4 Jahre besteht, damit den Beweis erbracht haben soll, nicht abänderungsbedürftig zu sein, ist uns nicht recht einleuchtend. Im übrigen haben nun unsere Kieler Kollegen das Wort.

Kiel. Am 9. Januar 1907 tagte im Englischen Garten die Mitgliederversammlung der Steinarbeiter. Es standen fünf Punkte auf der Tagesordnung. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend, hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden, bis auf einige faumfelige Kollegen. Da der frühere Kassierer Verchl durch Maßregelung Kiel verlassen mußte, wurde zur Neuwahl eines Kassierers geschritten. Kollege Hinz wurde dazu gewählt. Der Vorsitzende verlas die Abrechnung vom 4. Quartal, welche einen Kassenbestand von 301,18 Mk. ergab und von den Revisoren für richtig erklärt wurde, dem abwesenden Kassierer wurde Entlastung zuteil. Daß die Sektion II in ihrer letzten Mitgliederversammlung beschlossen hatte, in Sektion I einzutreten, wurde einstimmig mit Bravo begrüßt. Im Punkt Verschiedenes wurden die Arbeitsverhältnisse in der Schleiferei von Schlauch zur Sprache gebracht. Da ein auch Kollege mit dem betreffenden Herrn im Kontor ohne Zustimmung der übrigen Kollegen einen Tarif ausgearbeitet hat, welcher zum Nachteil der Schleifer ist. — Die Versammlung beschloß einstimmig, den Nachmittag des Wahltags die Arbeit ruhen zu lassen und sich der Partei zur Verfügung zu stellen. 20 Mk. wurden zum Wahlfonds gesteuert. Darauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Köln. Eine kombinierte Steinarbeiterversammlung tagte am Sonntag, den 6. Januar, beim Wirt Hompeß. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, die bevorstehende Reichstagswahl, hielt Genosse Diederich ein 1 1/2 stündiges, ausgezeichnetes

Referat. Er betonte, daß, wenn in Köln jeder Arbeiter seine Pflicht tue, das deutsche Rom der Sozialdemokratie gehöre. Waren wir doch bei der letzten Wahl nur noch 2000 Stimmen hinter dem Zentrum zurück. In der darauffolgenden Diskussion regte Kollege Dunkel an, daß sich die Kollegen, welchen es eben möglich sei, am 25. Januar der Partei unentgeltlich zur Verfügung stellen möchten. Es meldeten sich dazu 9 Kollegen. Der 2. Punkt der Tagesordnung lautete: Wahl einer Lohnkommission der Marmorarbeiter. Dunkel rügte den schlechten Besuch der Marmorarbeiter und rief davon ab, wegen des schlechten Besuchs, eine Lohnkommission zu wählen. Redner führte ferner aus, daß es den Marmorarbeitern mit ihrer Lohnbewegung sicher noch nicht ernst sei, sonst müßten diese heute hier vollzählig erscheinen. Der Vorsitzende der Marmorarbeiter von Kalkreuth gibt bekannt, daß die Marmorhauer zu 80 Proz. organisiert seien. Im Punkt Verschiedenes wird darauf hingewiesen, daß die durchreisenden Kollegen ihre Unterstützung beim Kassierer Vint, Perlengraben 38, von 1/2 Uhr abends bis 9 Uhr in Empfang nehmen können. Die Reisenden möchten doch, bevor sie um Arbeit vorprechen, sich zuerst beim Kassierer melden. Es sind hier an die 30 Sandsteinmeßer arbeitslos, daher haben Fremde hier überhaupt jetzt keine Aussicht auf Arbeit und schädigen durch das unnötige Umschauen die noch arbeitenden Kollegen. Hierauf Schluß der gutverlaufenen Versammlung.

Königsbrunn. Am 6. Januar fand hier eine Besprechung statt. Der Kassenbericht wurde von den Revisoren als richtig befunden und der Kassierer somit entlastet. Dann wurde beschloffen, die Gründung eines Gewerkschaftskartells in die Wege zu leiten. Die auftauchende Frage wegen einer Bibliothek soll nach Zustandekommen des Kartells weiter ventiliert werden. In Punkt Verschiedenes entstand eine lebhafte Diskussion, in welcher die Machinationen einzelner Unternehmer gebührend behandelt wurden. Diese glauben jetzt, wo es Winter ist, den Arbeitern alles bieten zu können. Da werden unter recht mangelhaften Gründen von dem einen die Kollegen gekündigt. Ein anderer wieder beabsichtigt seinen ganzen Betrieb einzustellen, jedenfalls um damit seine christliche Handlungsweise zu entschuldigen. Zu den Feiertagen sind Kollegen mit 70, 80 Pfg. bis 3 Mk. nach Hause gegangen. Diese letzte Woche wurde aller Abschlag abgezogen, ja sogar denen, die keinen hatten, wurde in der Höhe des Gehalts Abzüge gemacht. Dieser Unternehmer hat auch erklärt: „Spart im Sommer, dann hast du im Winter zu fr. . . .“ Wir möchten wissen, wie dieses fertig zu bringen ist. Das ganze Leben bedeutet für uns doch nur eine Hungerkur. Ausgewertet, andern eine gute Existenz zusammengekauert und dann noch Hohn dazu. Das ist die heutige göttliche Ordnung.

Lübeck. Am 5. Januar tagte im Vereinshaufe eine gutbesuchte Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand Vorstandswahl, Kartellbericht, Bestellung einer Fahne, und Verschiedenes. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Pauder, als zweiter, zugleich Schriftführer, Kollege Wolbun, als Kassierer Kollege Jachow II gewählt. Hierauf wurde der Kartellbericht ausführlich vom Delegierten erstattet. Im 3. Punkt, Bestellung einer Fahne, war der Vertreter der hannoverschen Fahnenfabrik persönlich in der Versammlung, und nach kurzer Debatte erhielt er die Bestellung. Im Verschiedenen kam die bevorstehende Reichstagswahl in Erwähnung. Da mehrere Kollegen tätige Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins sind, wurde ein Antrag gestellt, am Wahltag die Arbeit ruhen zu lassen, wurde aber abgelehnt, da die Mehrzahl der Kollegen schon um 4 Uhr Feierabend haben und das da noch Hilfe genug geleistet werden könnte. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Lüneburg. Am 10. Januar fand hier eine gutbesuchte Versammlung der Steinarbeiter statt. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung vom letzten Quartal und Jahresabrechnung; Tarifangelegenheiten; Vorstandswahl und Wahl zweier Revisoren; Verschiedenes. Nach Abrechnung vom letzten Quartal, wonach die Einnahme 357,74 Mk., die Ausgabe 176,65 Mk. ergab, wurde dem Kassierer Dehgarde erteilt. Unter Tarifangelegenheiten wurde von verschiedenen Kollegen scharf debattiert und einige Änderungen an der Tarifvorlage vorgenommen. Zum Punkt Vorstandswahl wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Rütze und Lötter gewählt. Der einstündige Vortrag des Gauleiters, Kollegen Biewig, wurde mit großem Beifall aufgenommen, selbiger referierte über die ökonomische Lage der Arbeiter im Mittelalter und jetzt. Der Antrag, dem Wahlkomitee 15 Mk. zu überweisen, wurde mit großer Majorität angenommen. Ferner erwähnte Kollege Biewig noch, die Gauleitung unbedingt zu beschließen, wegen der wichtigen Punkte, die verhandelt würden. Auch waren zwei unorganisierte Kollegen anwesend, welche sich Wehrentzeit bis Sonnabend zwecks Aufnahme ausbaten (sie möchten gern erst den Nutzen der Organisation sehen). Nach einem fleißigen Vorwurf gegen Kollegen Biewig, verließ einer derselben das Versammlungslokal.

Mittweida. Gut besucht war unsre am 10. Januar abgehaltene Extraversammlung. Auf der Tagesordnung stand 1. Vertragsangelegenheiten; 2. Verschiedenes. Der Vertrag, bezw. Tarif, war der Kommission zur Ausarbeitung übergeben worden und wurde der Versammlung zur Annahme vorgelegt. Es wurden nur ein paar kleine Einschubungen vorgenommen, sonst im übrigen einstimmig gutgeheißen. Im 2. Punkt der Tagesordnung wurde beschloffen, zur bevorstehenden Reichstagswahl dem Wahlfonds 50 Mk. aus der Lokalkasse zu überweisen. Außerdem waren noch Sammelkarten in den Brücken im Umlauf, wodurch circa 40 Mk. eingebracht wurden. Wir hoffen, daß sich die Unterhandlungen mit den Unternehmern im Guten regeln, wie vor zwei Jahren. Die Unternehmer können den neuen Vertrag gar nicht schnell genug in die Hände bekommen. Sie wollen jetzt abschließen, weil wir noch Winter haben, wo der Arbeiter am besten zu ziehen ist. Uns kann es gleich sein, wir sind zu allem gerüstet.

Nördlingen. Am 23. Dezember fand im Lokale der Schwäbischen Bierhalle eine außerordentliche Steinarbeiterversammlung statt. Die Vierteljahrs- sowie Jahresabrechnung wurde vom Kassierer verlesen und von den Revisoren für richtig befunden. Der Kassierer wurde entlastet. Hierauf wurde die Streikabrechnung verlesen, im weiteren gab der Vorsitzende einige Aufklärungen über den Streik, sowie über die Verhandlungen vor dem Einigungsamte. Wenn auch der Erfolg kein großer war, sondern nur als ein teilweiser bezüglich unserer Akkordsätze zu verzeichnen ist, so haben wir doch unsererseits den moralischen Sieg davongetragen, gegenüber dem rigorosen Vorgehen seitens der Firma Koppel. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte, unter anderem wurde das Verhalten der ledigen Kollegen gerügt. Sie hielten es nicht für notwendig, abzureisen und konnten zusehen, wie verheiratete Kollegen das Feld räumten. Jetzt heißt es, das Erbkämpfe hochzuhalten und nicht glauben, daß jetzt die Sache abgetan ist und man keine Versammlung mehr zu besuchen braucht, wie es bei manchem Kollegen der Fall ist. Bei der Neuwahl wurden folgende Kollegen gewählt: Vorsitzender Joh. Moll, auch die Kassiererstelle übernimmt solange Kollege Moll, bis wieder mehrere Kollegen am Orte sind. Schriftführer Sebastian Kaiserauer, Revisoren: 1. Johannes Schiele, 2. Georg Wald. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden Moll und Kaiserauer gewählt. Mit einem Appell an die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen, als wie es bis dato der Fall war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation des Zentralverbands der Steinarbeiter geschlossen. Reiseunterstützung zahlt aus Joh.

Moll, Nördlingen, Judengasse D 19, von 12—1 Uhr mittags und von 6—7 Uhr abends.

Odenburg. Am 11. Januar abends versammelten sich die Steinmeßer von Platz Högl, wozu der Gauleiter erschienen war. Es handelte sich um Differenzen der Marmor-schleifer von Platz Högl, welche gezwungen wurden, die Arbeit niederzulegen, da Herr Högl den Leuten zumute, 20 bis 30 Prozent billiger zu arbeiten, wie nach einem seit Jahren anerkannten Tarif. Trotz dreimaliger Verhandlung der Schleifer mit Herrn Högl, ließ er sich nicht bewegen, den alten Preis weiter zu zahlen. Hier wurde bisher nach dem alten Bremer Tarif gearbeitet, wo wir für den Quadratmeter Marmor 3,25 Mk. bekommen, nun mutet Herr Högl uns zu, nach dem Osnabrücker Tarif zu arbeiten, wo bekanntlich bei der Firma Steinhauer, die Schleifarbeiten größtenteils von Frauen gemacht werden, und für den Quadratmeter 2,75 Mk. bezahlt wird. Herr Högl gab an, nicht konkurrieren zu können, wenn er den alten Preis weiter bezahle. Da auch Kollege Gauleiter Biewig mit Herrn Högl verhandelte, was allerdings auch ohne Erfolg war, so ersuchen wir die Kollegen, Platz Högl streng zu meiden, bis er sich (Herr Högl) begeben hat.

Regensburg. Am Sonntag, den 30. Dezember, fand eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse Burgau über die bevorstehende Reichstagswahl referierte. In seinem 1 1/2 stündigen Vortrag legte er uns dar, welche Partei im Reichstag für unsre Arbeiterinteressen eintritt, daß es nur die Sozialdemokratie ist und nicht das Zentrum, wie es die hiesigen Blätter schreiben. Der Referent bewies an vielen Beispielen die Arbeiterfreundlichkeit der übrigen Parteien, insbesondere des Zentrums. Zum Schlusse forderte er die Kollegen auf, nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie Haagen ihre Stimme zu geben und sich intensiv an der Wahlarbeit zu beteiligen. Da auch viele Frauen anwesend waren, benutzte die Frau Haagen die Gelegenheit, um auch diese für die Reichstagswahl zu interessieren; mit vorzüglichen Worten schilderte sie die Lage vom Standpunkt der Proletarierfrauen. Beide Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Unter Punkt Gewerblisches wurden besonders die Mißstände in der Regensburger Kunststoffsabrik erörtert. Es haben dort die Kollegen sehr zu leiden unter dem Druck eines Ingenieurs. Auch wurde dort den Steinmeßern im Sommer vorgemacht, daß eine Werkstatte gebaut werde, aber immer noch müssen sie in einer gesundheits-schädlichen Hütte ohne Ofen arbeiten. Macht einer Vorhaltung, daß es ihm zu kalt ist, so heißt es, wenn es zu kalt ist, kann gehen. Der Ingenieur meint, die Steinmeßer hätten kein Ehrgefühl für das Geschäft. (?) Er möge sich doch einmal das Schwingerische Geschäft als Vorbild nehmen. Es wurde noch bekannt gegeben, daß am 27. Januar die Generalversammlung stattfindet. Hierauf Schluß der Versammlung.

Schopfloh. Am 6. Januar fand hier die örtliche Generalversammlung statt. Der Kassierer gab seinen Kassenbericht. Die Richtigkeit desselben wurde von den Revisoren bestätigt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden und Kassierers; als Stellvertreter für den ersteren wurde Heinrich Langhammer, als Schriftführer Otto Wels, zu Revisoren Eduard Grimm I und Eduard Grimm II gewählt. Unter Punkt Verschiedenes tadelte der Vorsitzende den schlechten Versammlungsbesuch. Wenn es den Mitgliedern Ernst sein mit ihrer Organisation, dann hätten sie auch die Pflicht, sich an der Organisationsarbeit zu beteiligen. Dazu gehöre in erster Linie der Versammlungsbesuch. Zum Schluß forderte der Kollege auch die Anwesenden auf, unausgesetzt in unserem Sinne zu wirken und sich auch der politischen Organisation anzuschließen.

Stadtprozelten. Am 1. Januar tagte in unserm Verbandstokal unsere übliche Monatsversammlung mit der Tagesordnung: Abrechnung vom vierten Quartal und Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Versammlung war leider sehr schlecht besucht. Im Vorstandsbericht bemängelte der Vorsitzende, daß die Versammlungen im verfloffenen Jahre schlecht besucht waren, nur wenn ein Referent zur Stelle, ist die Versammlung gut besucht, außerdem nicht. Auch heute seien in dieser sehr wichtigen Versammlung ganze 12 Kollegen anwesend. Kollegen, das muß anders werden; wo kein Trieb ist zum Versammlungsbesuch, da ist auch kein Ernst für die Organisation vorhanden. Würden die Kollegen ihr Fachblatt richtig lesen, kämen sie auch pünktlicher zur Versammlung. — Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde, nachdem der Vorsitzende eine Wiederwahl abgelehnt, an dessen Stelle Kollege Theodor Roth, als Kassierer Gustav Herberich, als Schriftführer Karl Wahl, als Revisoren Heinrich Gebauer und Joseph Kosbach gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde dem Wahlfonds 5 Mk. zugewiesen. Zum Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende, sich recht zahlreich an der Reichstagswahl sowie an der Agitation zu beteiligen. Möge jeder laue Kollege sich mehr an den Organisationsarbeiten beteiligen, die ja doch nur für ihn und seine Familie ausgeführt werden, zur Erringung einer menschenwürdigen Existenz.

Wenig-Madwis. Am 9. Januar fand in Prizivilas Gasthaufe die Quartalsversammlung statt. Der Kassierer erstattete Bericht über die Kassenverhältnisse der Zahlstelle, deren Richtigkeit die Revisoren bestätigten. Als bei der Neuwahl des Vorstandes Kollege Schubert auf die Wiederwahl als Vorsitzender verzichtete, wurde Kosler an dessen Stelle gewählt. Kassierer und Schriftführer bleiben die bisherigen. Schubert erstattete Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells. Dem Delegierten des Kartells wurde für jede Sitzung 2 Mk. bewilligt. Zur Gauleitung, welche am 24. Februar in Schneidnitz tagen soll, wurden 2 Delegierte gewählt, Kubiger und Gregor, als Speisen erhalten dieselben 8 Mk. pro Tag und Fahrt 3. Klasse. Unser Reichstagskandidat Staubinger war auf kurze Zeit in der Versammlung erschienen und schilderte in beredten Worten die Lage des jetzigen Wahlkampfes, es wurden aus der örtlichen Kasse vorläufig 150 Mk. dem Wahlverein überwiesen, desgleichen drei kranken Kollegen je 20 Mk. Im Verschiedenen wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausgeschlossen wegen Streikbruchs wurden folgende Kollegen: Hans Jauchstätter, geb. 27. Nov. 1874 zu Rittingen; Andreas Pfister, geb. 16. April 1874 zu Eifenfeld; Eugen Depisch, geb. 2. Jan. 1873 zu Werrbach; Paulus Hupp, geb. 13. Sept. 1875 zu Höchberg; Joseph Balling, geb. 17. Sept. 1864 zu Heidingsfeld; Anton Knoll, geb. 26. Mai 1882 zu Schillingstürst; Franz Gehring, geb. 6. Mai 1879 zu Großwenhingen; Andreas Schunder, geb. 20. Jan. 1880 zu Erbschauen und Franz Hilbmann, geb. 19. Aug. 1881 zu Holzkirchen, alle zurzeit in Würzburg; ferner Paul Hantke (Buch Nr. 39099), geb. 1. Okt. 1887 zu Oberalm (Oesterreich), laut Statut § 3 Absatz 5b, zurzeit in Odenburg.

Rundschau.

Hans Braun tot. Am 5. Januar starb in München der Vorsitzende des „christlichen Hilfsarbeiterverbandes“, Hans Braun, im Alter von 45 Jahren, an einem Lungenleiden. Der Verstorbene war Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“. Es heißt: „Von einem Toten soll man nur Gutes reden.“ Wir sind nicht in der Lage, uns an

diesen vollstimmlichen Spruch halten zu können. Wir achten jeden ehrlichen gewerkschaftlichen und politischen Gegner, haben nichts dagegen, wenn wir in der schärfsten Weise bekämpft werden, aber diese Kampfweise muß frei von aller persönlichen Gefügigkeit sein. Und da müssen wir sagen, die Kampfweise des Verstorbenen gegenüber den zentralen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie war einfach perfid zu nennen. Hans Braun kämpfte in der Polemik gegen uns mit unehrlichen Waffen. Oft haben wir dies im Steinarbeiter konstatiert müssen. Selten hatten wir gegen die zentralen Gewerkschaften so widrige, direkt ekelerregende Kritiken gelesen, als in der Gewerkschaftsstimme. Wir fragten uns oft, wo bleibt hier das Gefühl für die Wahrheit, wo der Anstand und die gute Sitte?

Ein Arbeiterführer, der gewerkschaftliche Taktik besaß, war Dr. nicht. In seinem Blatte führte er den „gehäßigsten, kleinlichsten“ Kampf gegen die „Sozis“ (gemeint waren die freien Gewerkschaften).

Der Bekämpfung der Unternehmer ging er geflistentlich, wir sagen mit „Virtuosität“, aus dem Wege. Verloren wir einen Streik, so stand sicherlich in der folgenden Gewerkschaftsstimme ein blutrünstiger, mit abgeschmackten Phrasen versehener Artikel gegen unsere Verbandsleitung. Der Verstorbene wollte mit dieser verwerflichen Taktik die Steinarbeiter für eine christliche Berufsorganisation gewinnen. Aber seine Bestrebungen in dieser Hinsicht schlugen völlig fehl. Es gibt heute noch keinen christlichen Steinarbeiterverband.

Braun wurde 1861 in Wertingen geboren und besuchte dort auch die Volksschule. Hierauf erlernte er das Steinmetzhandwerk und arbeitete als Geselle in Oesterreich und Bayern. Längere Zeit war Braun in München Polier. Diese Poliertätigkeit mag mit daran schuld sein, daß er im gewerkschaftlichen Kampfe so selten den richtigen Elan fand. Aber gerade im Kampfe ist Enthusiasmus für die Arbeitersache sehr notwendig. Bei Dr. haben wir von allem diesem nichts bemerkt.

Hinzufügen wollen wir noch, daß Braun früher Mitglied unseres Verbandes war. Nach seinen Angaben in der Gewerkschaftsstimme trat er deshalb aus, weil „sein religiöses Gefühl“ verletzt wurde. (?)

Wir gestatten uns dabei beiheben die Tatsache zu konstatieren, daß uns in der Redaktion des Steinarbeiter nicht ein solcher Fall bekannt ist, wo jemand wegen Verletzung seiner religiösen Gefühle dem Verband den Rücken gefehrt hätte. — Es ist uns auch egal, warum Dr.s Austritt erfolgte.

Es widerstrebt uns, über einen Verstorbenen ein so hartes Urteil fällen zu müssen, aber Dr.s Taten diktiert uns vom Standpunkt der Wahrheit aus diese kurze Stizierung in die Feder.

Wie verlogen Braun kämpfte, geht daraus hervor, daß er vor Monaten unsern publizierten Kassenbestand anzweifelte, Kassierer und Revisoren decken die Abrechnung mit ihren Namen, 18 000 Verbandsmitglieder prüfen den Sachverhalt, und Braun hatte die Unverfrorenheit, in der Gewerkschaftsstimme zu schreiben, der Kassenbestand der „Noten“ sei eitle Klumerei. Wir nagelten im Steinarbeiter diese journalistische Gemeinheit, den Gegner so infam zu bekämpfen, fest, aber Braun nahm seine Unwahrheiten nicht zurück, sondern kolportierte sie weiter. Da sagten wir uns, in der Redaktion der Gewerkschaftsstimme müssen Verlogenheit und Perfidie eine bleibende Stätte gefunden haben.

14 Maurer als Reichstagskandidaten. In der letzten Grundstimmnummer werden die Namen der Reichstagskandidaten publiziert, die dem Maurerverband angehören. In keiner Partei kommt der Arbeiter als Kandidat so zur Geltung wie bei den Sozialdemokraten. Als Maurer kandidieren:

Bömelburg	im Wahlkreis	Dortmund-Hörde
Gilers	„	Lüdinghausen-Warendorf
Frisch	„	Schweinitz-Wittenberg
Hortner	„	Bretten-Sinsheim
Hüttmann	„	Kassel-Melsungen
Lizinger	„	Minden-Lübbecke
Merkel	„	Dinkelsbühl-Gunzenhausen
Riefe	„	Wolfsbühl-Helmstedt
Rössler	„	Abelnau-Schilberg
Ruminski	„	Brechen-Welchen
Scharping	„	Greifenberg-Ramin
Schulz-Polen	„	Fraustadt-Lissa
Silberschmidt	„	Wangleben
Wotgi	„	Hagenau-Weißenburg

Bömelburg war bisher schon Abgeordneter und hat sich durch sein Eintreten für die Ausgestaltung des Bauarbeiter-schutzes einen sehr guten Namen gemacht.

Auszeichnungen für Arbeiterborgefekte. In einem bürgerlichen Blatt lesen wir:

Regensburg. (Auszeichnung.) „Heute, am 31. Dezember, fand im Empfangszimmer des Herrn 1. Bürgermeisters die feierliche Ueberreichung der vom Bayer. Industriellenverbande an vier Angestellte der Bayer. Granit-Aktiengesellschaft, nämlich Michael Deglmann, Betriebsleiter in Bilschhofen, Andreas Dobmeier, Betriebsleiter in Kabburg, Georg Gierster, Steinmetzpolier in Metten und Georg Hiermeier, Polier im Werke Blaumberg, für langjährige und treue Dienstleistung verliehenen Verdienstmedaillen nebst Diplomen unter geeigneter Ansprache und in Gegenwart des Herrn Direktors Seyfried der Aktien-Gesellschaft statt. Betriebsleiter Dobmeier dankte namens der Ausgezeichneten für die ihnen gewordene Auszeichnung und Herr Direktor Seyfried sprach Herrn 1. Bürgermeister für die Ueberreichung der Auszeichnung den Dank aus und gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß seine Firma stets gute Beziehungen zur Stadt Regensburg gehabt habe.“

Die Verdienste der vier Herren dürften sein, daß sie jederzeit die Interessen der Bayerischen Granit-Aktiengesellschaft im weitesten Maße vertraten, den Arbeitern aber wenig Entgegenkommen zeigten.

Daß der Industriellenverband Verdienstmedaillen verteilt, ist uns etwas Neues, denn diese Institution ist eine Scharfmachervereinigung erster Güte. Besonderen Stolz können wohl die „Ausgezeichneten“ auf diese Ehrung nicht legen. Unsere Steinarbeiter bei der „Bayerischen Granit-Aktiengesellschaft“ verzichten selbstredend auf solche Ehrungen, denn wer für günstige Lohnverhältnisse bei genannter Firma eintritt, dabei dem Steinarbeiterverband angehört, braucht sich nicht zu ängstigen, vom In-

dustriellenverband eine solche überflüssige Auszeichnung zu erhalten.

143 „bezahlte Geher“. Die „christlichen“ Gewerkschaften haben es auf die im Verhältnis zu ihrem Mitgliederbestand recht stattliche Anzahl von 143 bezahlten Angestellten gebracht. Von diesen kommen auf den Gesamtverband 8, die Zentralverbände der Bergarbeiter 30, Textilarbeiter 15, Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter 36, bayerische Eisenbahner 4, Metallarbeiter 16, Hilfsarbeiter 11, Holzarbeiter 8, Tabakarbeiter 2, Keramarbeiter 2, Schuh- und Lederarbeiter 3, Schneider und Schneiderinnen 4, Maler und Anstreicher 3, Gärtner, Fleischer, graphisches Gewerbe, Seimarbeiterinnen je 1 Beamter. Es kommt noch hinzu, daß die Beamten der christlichen Gewerkschaften durchweg ein viel leichteres Arbeiten haben, als die Beamten der freien Gewerkschaften. Sie erfreuen sich meistens der Unterstützung oder mindestens doch des Wohlwollens der Geillichkeit, der Behörden und des Unternehmertums; es stehen ihnen mehr Versammlungslokale zur Verfügung usw. Noch vor wenigen Jahren war die Redensart von den „bezahlten Geher“ der Gewerkschaften, ein Lieblingsargument der Gewerkschaftsschriften. In der letzten Zeit hat man diese Redensart fast nicht mehr gebraucht. Die schwarzen Gewerkschaften wissen wohl, warum.

Wenn man den „schwarzen Geher“ sagen würde, sie mästen sich mit Arbeitergroßen, dann würden sich diese Herren mit Recht entristen, aber vordem konnte man es in der Zentrumspreffe anders lesen. Früher mußten aber die Angestellten der „freien Gewerkschaften“ selbstredend verdächtigt werden.

Erfüllung der Wartezeit der Altersrentner. Altersrenten-anwärter, welche im Laufe dieses Jahres ihr 70. Lebensjahr vollenden, haben an Beitragswochen mindestens nachzuweisen, wenn sie nach Eintritt in die Versicherung beschäftigt waren:

	Beitragswochen.
a) als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Diensthöten, Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte	640—680
b) als Hausgewerbetreibende der Tabakfabrikation	600—640
c) als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1894	494—534
d) als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1896	440—480
e) als Lehrer, Lehrerinnen, Erziehler, Gesellschaftsrinnen, sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet u. dgl.	280—320

Der erste Wahlsieg des Moskauer Zentralbureaus der Gewerkschaften. Am 30. Dezember hat das Zentralbureau der Gewerkschaften in Moskau einen glänzenden Sieg errungen. Bei der Wahl der Vertreter von den Handwerker-Arbeitern in die Kommission zur Regelung der Arbeitszeit und Sonntagsruhe (auf Grund des Gesetzes vom 28. November) wurden alle 20 vom Zentralbureau aufgestellten Kandidaten mit erdrückender Mehrheit durchgebracht.

Zur Freiheit der Gewerkschaften in Rußland. Wie in den Verbänden, die sich in der letzten Zeit bilden, wird die Legalisierung sehr schwer gemacht. Der Entwurf der Satzungen des Verbands muß etliche Male zwischen der Kanzlei des Gouvernementsamts für Vereinsangelegenheiten und den Organisatoren des Verbands hin- und herwandern, denn immer wieder werden neue „Punkte“ gefunden, „die dem Gesetz nicht entsprechen“. Endlich sind alle zweifelhaften Punkte geändert, mit dem Gesetz in „Uebereinstimmung“ gebracht, die Satzungen sind genehmigt, und man sollte meinen, daß damit die Schere-reien zu Ende sind. Aber weit gefehlt: in der Praxis verhält sich die Sache ganz anders, und die Mitglieder-versammlungen, welche nach dem Gesetz einer Erlaubnis überhaupt nicht bedürfen, werden von dem Gouverneur systematisch nicht zugelassen, so daß der Verband faktisch nicht existiert.

In der letzten Zeit ist der Gouverneur auf ein sehr einfaches Mittel verfallen, um der Bildung von neuen gewerkschaftlichen Verbänden vorzubeugen — er läßt nämlich die konstituierenden Versammlungen der neu zu bildenden Verbände nicht zustande kommen. — W i l n a: Im Bureau des Verbandes der Schneiderarbeiter erschien in der Nacht zum 5. Januar die Polizei, erbrach die Tische und beschlagnahmte sämtliche Dokumente. Der Verband wurde geschlossen. — W a k u: Nach dem Verband der Schneider wurde auf Befehl des Generalgouverneurs der Verband der Handlungsgehilfen geschlossen; der Verband umfaßte einige Tausende Handlungsgehilfen, denen es in der letzten Zeit gelungen war, ihren Arbeitgebern bedeutende Zugeständnisse abzugewinnen.

Adressen-Hendungen.

Greifswald. Kassierer: Karl Streufert, Langreihe 28.
Magwig-Löwenberg. Vorsitzender: Joseph Grischod, Magwig bei Löwenberg. Kassierer: Karl Leichmann, Löwenberg, Mühlstraße 45.
Hildesheim. Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus abends von 8—9 Uhr ausbezahlt.
Münster i. Westf. Kassierer: Franz Waller, Krummer Timpen 20/30.
Eisenach. Vorsitzender: Otto Möder, Mühlhäuser Str. 54. Kassierer: Aug. Rowiokt, Christiansstraße 14, III.
Wolgast. Vorsitzender: Ernst Schirmeister, Auguststr. 4b. Kassierer: Herm. Prippe, Luisenstraße 4.
Bede bei Summersbach im Rheinland (neue Zahlstelle im 7. Gau). Vorsitzender: Karl Südhoff. Kassierer: Alb. Kämper.
Stettin. Vorsitzender: Albert Müller, Hohenzollernstraße 21 (Restaurant).
Erfurt. Vorsitzender: Philipp Wagner.
Schopp. Vorsitzender: Michel Rohrhardt.
Selb. Kassierer: Karl Opel, Talstraße 340.
Wenig-Radwig. Vorsitzender: Friedrich Mosler.
Lübeck. Vorsitzender: Karl Bauder, Langer Lohberg 30/32.
Gölar. Vorsitzender: Wilhelm Freiburger, Karl-Grab-Strasse 23, II. Kassierer: M. Fettig, Straßburger Straße 21.
Wigramsbreuth. Vorsitzender: Gottfried Schimmel. Kassierer: Johann Bohrer.
Leipzig. Gauleiter: Alfred Beudmann, Leipzig-Bindenau, Wettinerstraße 17, II. Alle Zuschriften wegen Agitation für den 4. Gau sind an obige Adresse zu richten.
Leipzig I. Vorsitzender: Gustav Herrmann, Leipzig-Anger, Molkauer Straße 5, part. Kassierer: Walter Würgner, Gauhich bei Leipzig, Lauerstraße 1. Die Reiseunterstützung wird auf Wertlosh N. Müller, Moltkestraße 50, ausbezahlt.
Berlin I. Vorsitzender: Ernst Binkler, Berlin N. 58, Gleimstraße 36, II.

Dortmund. Vorsitzender: August Hüster, Heinrichstraße 13. Die Reiseunterstützung wird nach wie vor Körnerstraße am Körnerplatz ausbezahlt.

Kirchensamig. Vorsitzender: Gottlieb Zink, Hofer Straße. Kassierer: Johann Wunschel.

Kiel. Vorsitzender: Friedrich Rönpagel, Jekstraße 22, II. Kassierer: Friedrich Hinz, Meßstraße 35, I. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 7. bis mit 12. Januar 1907. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)
Birsberg, B. 12.18, E. 0.50, K. 0.90; Wünnchelburg, B. 70.84, E. 11.75, M. 0.30, K. 5.10; Rothenburg a. T., B. 18.40, K. 4.10; Löwenberg, B. 23.—, K. 4.—; Oshenfurt, B. 23.—, M. 0.30, K. 2.50; Kiel I, B. 92.—, M. 0.50; Gienach, B. 115.92, M. 0.30, K. 12.20; Dresden, B. 432.40, K. 90.80; Chemnitz, B. 46.—, E. 0.50, M. 2.50, K. 8.—; Bernsdorf, B. 165.48, E. 7.—, M. 0.30, K. 1.50; Bede, B. 26.98, E. 35.50; Demitz-Thumitz, B. 840.—, E. 12.50, K. 20.—; Odenbach, B. 56.58, K. 2.10; Riesa, B. 138.—, M. 3.—; Zweibrücken, B. 38.22, E. 0.50, M. 1.20, K. 4.50; Rothenburg, B. 3.40; Wapen, B. 1.80; Wandsbeck, Ab. 0.90; Hildesheim, M. 0.70; Freiberg i. S., Ins. 2.40; Marienburg, B. 3.90; Biehla, B. 2.80; Weinsberg, B. 98.28, E. 0.50, M. 2.30, K. 2.20; Treuchtlingen, B. 79.76, E. 1.—, M. 5.60, K. 1.80; Tittling, B. 19.—, E. 4.—, K. 0.60; Ströbel, B. 226.76, E. 2.50, K. 31.70; Sparneck, B. 27.74, E. 1.—, K. 4.—; Selb, B. 460.—, M. 0.30, K. 10.—; Wannheim, B. 59.80, K. 0.20; Mittelteine, B. 210.—; Droyßig, B. 42.—, M. 5.—; Brandenburg, B. 92.—, M. 2.30; Rosdorf, Ins. 1.—; Pörsch, B. 8.50; Vogen, B. 3.30; Königslutter, B. 141.68, E. 0.25, K. 0.30; Würgen, B. 756.—, Ins. 18.60; Königsberg, B. 99.82, M. 2.50; Galsicht, B. 833.28, E. 20.50, M. 0.30, K. 22.—; Straßburg (Br.), M. 11.—; Breslau I, B. 404.80, K. 1.70; Goltensen, Ins. (B.) 15.30; Dyrdruf, B. 2.70.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Wünnchelburg, S. Die betreffenden Exemplare sind von hier mit den übrigen abgegangen; wenn mittlerweile nicht eingetroffen, dann kommt es auf Konto der Post.

Den Steinarbeitererendungen Nr. 3 liegen eine Anzahl Flugblätter bei. Die Verbreiter sehen an der Heberichstr., wofür sie bestimmt und werden dringend gebeten, für die Verbreitung Sorge zu tragen.

Anzeigen.

(Bei Inzeraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Zadetta, Gosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Sobelbandstahl in vorzüglichster Qualität

Harte Steinbauerbleistifte
echt Rehbachsches Fabrikat
Steinbauerbesen mit und ohne Griff, aus bestem Material
empfiehlt zu billigsten Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

Prima Stahl für härteste Granite

pro 100 kg M. 62.—, empfiehlt unter Garantie
Ernst Fritzsche, Kiel.
Mehrere
Maschinen- u. Handschleifer
bei gutem Afford und dauernder Arbeit sofort gesucht.
Karl Heinig, Granitschleiferei
Rostock i. M.

Tüchtige Steinmetzen

finden dauernde Arbeit in meiner Steinbrüche bzw. meinem Werkplatz bei Osterwald (Kreis Hameln). Lohnzahlung nach Tarif.
Zu melden bei Bruchmeister Hillmer, Werkplatz Bahnhof Osterwald.

Steinhauer u. Handschleifer

bei hohen Affordlöhnen für dauernde Arbeit auf schwedischen Granit stellen ein
Granit- u. Syenitwerke Frohmann & Co.
Reinheim i. Hessen.

Lücht. Marmor-schleifer, der Waschtischauflage gut zu bearbeitet. Nikol. Schumler, Hoffsteinmehlmstr., Rostock i. Meckl., Friebohofweg.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Breslau I. Am 5. Januar 1907 starb unser Kollege Joseph Nawowy im Alter von 43 Jahren 5 Monaten an der Berufskrankheit.
Speier. Am 11. Januar starb an der Berufskrankheit unser Kollege Adam Andrae im Alter von 33 1/2 Jahren.
Wünnchelburg. Am 31. Dezember 1906 starb unser Kollege Joseph Stammfest im Alter von 25 Jahren und am 5. Januar 1907 Kollege Franz Nimmes im Alter von 33 Jahren. Beide an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: M. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Vom Unterakkordantensystem.

In der Steinindustrie Süddeutschlands, namentlich in der Pfalz und in Baden, existiert eine Erwerbsgruppe, welche als Mittelglied zwischen Arbeiter und Unternehmer anzusehen ist. Das sind die Zwischenmeister, oder, wie sie allgemein genannt werden: Unterakkordanten. Es sind meistens mittellose, ja teilweise strupellose Personen. Von kapitalkräftigen Unternehmern der Bequemlichkeit halber und auch wohl um die bestehenden Abmachungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hintergehen, werden diese Strohmänner vorgeschoben zum Schaden der Arbeiter. Gar mancher Kollege hat diese Zwitterbildung schon verwünscht und zahlreich sind die Rechtsstreitigkeiten aus diesem Arbeitsverhältnis, wegen Nichtauszahlung des verdienten Lohnes. In fast allen diesen Fällen haben unsere Kollegen das Nachsehen, denn zu holen ist bei den wenigen Unterakkordanten etwas, und die direktesten Auftraggeber verstehen es auf ihre Art, durch Verträge usw., sich etwaigen Nachwirkungen zu entziehen, und finden dann schließlich noch Unterstützung ihres feinen Tricks bei der rechtspredenden Institution. Kürzlich wurde vor der Zivilkammer I des königl. Landgerichts zu Stuttgart als Berufungsinstanz ein Rechtsstreit aus einem derartigen Arbeitsverhältnis erledigt, bei dem 12 Kollegen ca. 500 Mark einbüßten. Der Vorgang ist folgender:

Der Steinhauer Karl Freitag in Stuttgart hat mit der Firma Gebrüder Kärn, Baugeschäft in Stuttgart, im April 1906 einen Vertrag abgeschlossen, wonach er sich verpflichtete, die Steinmetzarbeiten für einen Neubau (Auer und Meistermäßig (?) nach Zeichnungen und Angaben der Bauleitung anzufertigen. Als Preise wurden die folgenden festgesetzt: 1. Boffensteine pro Kubikmeter 25 Mk., 2. profilierte und geschliffene Steine 42 Mk., festgesetzt. Ferner bestimmte der Vertrag, daß Abschlagszahlungen alle 14 Tage bis zu 75 Prozent des Betrags der fertigen Steine geleistet werden und daß die Abrechnung nach Fertigstellung der Rohbauarbeiten erfolge. Die Krankenkassen- und Invalidenbeiträge sollten jeweils alle 14 Tage in Abzug gebracht werden. Zur Fertigstellung dieser Arbeiten holte nun Freitag, der Unterakkordant, sich noch 12 Steinmetzen herbei, welche von der Firma zu den gesetzlichen Versicherungen angemeldet wurden. Als nun die Arbeiten fertiggestellt, wurde kein Lohn mehr ausgehändigt. Die Firma hatte im Verlauf der Fertigstellung bereits über 75 Prozent, wie es vereinbart, ausgezahlt. Sie war bereits über die vereinbarte Summe hinausgegangen, um die Fertigstellung nicht zu hindern. Daß der Unterakkordant nun die größte Summe bei den Abschlagszahlungen für sich beanspruchte, ist wohl jedem einleuchtend. Die Firma hatte die Arbeit fertig, das Geschäft war gemacht und unsere Kollegen über den Köffel barbiert. Das Gewerbegericht, bei dem nun die Kollegen ihre Ansprüche geltend machten, trat der Auffassung der Kollegen bei, daß die Firma als der Arbeitgeber anzusehen sei. Obgleich diese die Abweisung der Klage beantragte, mit der Motivierung, daß sie laut Vertrag nur mit Freitag zu tun habe, die Anstellung und Bezahlung seiner Leute sei seine Sache gewesen und die Steinmetzen könnten sich lediglich an Freitag als ihren Arbeitgeber halten. Die Anmeldung der 12 Kollegen zu den gesetzlichen Versicherungen sei deshalb geschehen, weil die Baugewerkschaftsgenossenschaft dies vorschreibe. Die Entscheidung des Gewerbegerichts ging dahin, daß Freitag als selbständiger Unternehmer nicht anzusehen sei, schon wegen der Tatsache, daß die Firma die Kläger zu den gesetzlichen Versicherungen angemeldet habe. Unternehmer ist, wer auf eigenes Risiko ein Gewerbe betreibt. Ferner war Freitag nicht zur Gewerbesteuer angemeldet, noch kann bei ihm von einem Risiko gesprochen werden. Seine Mittel seien offenbar so bescheiden, daß sie ihm nicht gestatten, das Risiko einer Arbeit im Betrage von mindestens 1200 Mk. zu übernehmen. Nach Ansicht des Gerichts ist nun der Vertrag ein Scheinvertrag, er ist also nichtig (§ 117 des B. G. B.). Durch ihn, so wird in der Entscheidung weiter ausgeführt, wird ein gültiger Vertrag verdeckt, der den Inhalt hatte, Freitag solle von der Beklagten Vollmacht haben, die zur Ausführung der Steinhauerarbeit notwendigen Steinhauer anzustellen. Durch den Vertrag wollte sich die Beklagte die ganze Mühe des unmittelbaren Verkehrs mit den Arbeitern vom Hals schaffen und sie wollte sich namentlich gegen die Möglichkeit der Anwendung des Tarifvertrags, durch welchen den Steinhauergehilfen auch bei Vereinbarung von Akkordätzen der Stundenlohn garantiert ist, sicherstellen. Sie wollte Freitag namentlich auch die Auswahl geeigneter Steinhauer überlassen. Die Aufsicht über die Arbeit ließ sie durch ihren Bauführer ausüben. Dem Namen nach sollte Freitag selbständiger Unternehmer sein; in der Tat aber war er ihr Bevollmächtigter, der die Kläger für sie angestellt hat. Die Kläger sind deshalb im Recht, wenn sie die beklagte Firma als ihre Arbeitgeberin ansehen und sich, soweit sie noch Ansprüche zu machen haben, mit diesen an sie halten.

Die Firma wurde verurteilt, den 12 Kollegen ihren geforderten Lohn auszus zahlen. Der Unterakkordant, welcher ebenfalls mitgeklagt, wurde abgewiesen und zu einem Achtzehntel der Kosten, die Firma Gebr. Kärn zu 17 Achtzehnteln der Kosten verurteilt.

Die beklagte Firma legte nun gegen dieses Urteil Berufung ein und — was man nicht für möglich gehalten — trat ein. Die Firma bekam diesmal Recht. Die Kollegen sind somit um ihren Lohn von 520 Mark geprellt. Auch sind ihnen noch die Kosten des gewerbegerichtlichen Verfahrens und der Berufungsinstanz aufgeschliffen. Das Landgericht führte aus: Die Annahme des Gewerbegerichts, der betreffende Vertrag sei ein Scheinvertrag, entbehre jeder tatsächlichen Grundlage. Ob Freitag selbst nicht die Mittel besaß, um als Unter-

akkordant die Steinhauerarbeiten zu übernehmen und ob Freitag zur Gewerbesteuer angemeldet war oder nicht (?), ist für die Frage des rechtsgültigen Bestehens des Vertrags unerheblich. Auch könne die Firma nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn Freitag bei den Steinmetzen durch sein Verhalten den Irrtum hervorgerufen, als handle er bei Einstellung usw. im Auftrage und auf Rechnung der Firma. — Also kurz und gut, die Kollegen sind abgewiesen, sind somit ihres Lohnes verlustig. Die Wege der Dame Justitia sind wandelbar; der Laienverstand kann diesen nicht folgen. Der Firma Gebr. Kärn war es wohl selbst nicht unbedenklich, denn sie ließ durch ihren Anwalt in der Verhandlung erklären, daß die Firma sich vorbehalten werde, auch wenn sie durch Urteil nicht dazu gezwungen wäre, den Steinmetzen einen Teil des Lohnes auszubehalten. Der Verteidiger der Arbeiter wollte diese Erklärung protokolllarisch niedergelegt wissen, was aber der Gegenanwalt nicht zuließ. Der erstere hat sich nun an die Firma gewandt und ersucht, das Versprechen einzulösen. Aber bis jetzt ist nichts dergleichen geschehen. Wir glauben auch nicht, daß es nachgeholt wird. Es wäre auch eine geradezu köstliche Illustration des Urteils, wenn die Firma, nach allen Anstrengungen, die sie gemacht, um 12 Arbeiter um ihren sauer verdienten Lohn zu bringen, diesen Geschäftskniff in Form eines Almofens kleiden wollte. Die Hoffnung der Kollegen wird wohl eine trügerische sein, denn der Geldbeutel, welcher das Geschäftsgebahren mit dem Unterakkordanten diktiert, läßt dieses ebenfalls nicht zu. — Unsere Kollegen haben nun bei Einleitung des Gewerbegerichtsverfahrens einen Fehler begangen, der vermieden worden wäre, wenn man, bevor die Klage anhängig gemacht wurde, sich mit dem Zentralvorstand in Verbindung setzte. Das Berufsrecht der Firma hätte dadurch illusorisch gemacht werden können. Die Kollegen mögen aus diesem Vorgang die nötige Lehre ziehen und beim Eintritt in ein Arbeitsverhältnis bei einem Unterakkordanten die nötige Vorsicht walten lassen.

Auch hier ist das Zauberwort: Organisation! Besteht am Ort eine kräftige Zahlstelle, dann ist es nicht allzu schwer, mit diesen Zwischenmeistern aufzuräumen, bezw. ihnen die Arbeitskräfte vorzuenthalten. Denn es gibt nichts Gemeineres, nichts Verwerflicheres, als wenn die Kollegen am Tagtag mit leeren Händen nach Hause gehen müssen, also umsonst ein oder mehrere Wochen bei einem Unternehmer oder dessen Strohmännchen gearbeitet haben, dem jegliches Verständnis für die Notlage seiner Arbeiter durch die Profitgier erstirbt wird. Also Vorsicht!

Neue Gewerkschaftsliteratur.

Die deutschen Gewerkschaften haben von jeher großen Wert auf die Ausgestaltung ihres Schriftwesens gelegt. Jede unserer Gewerkschaften hat eine ausgedehnte Literatur, die entweder mehr agitatorischen oder Verwaltungszwecken dienen soll, die Statistiken oder die Geschichte der betreffenden Organisationen behandelt. So ist mit der Zeit in Deutschland eine sowohl an Zahl wie nach ihrem Inhalt und ihrer Ausstattung bedeutende gewerkschaftliche Literatur entstanden, die, weil sie nur für den Mitgliederkreis der einzelnen Organisation bestimmt, jedenfalls aber im Buchhandel nicht erschienen ist, kaum in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Keine Gewerkschaftsbewegung irgendeines andern Landes, selbst die englische nicht, hat eine solche bedeutende Gewerkschaftsliteratur wie die deutsche, und gleichwohl ist von dieser Literatur aus den geschichtlichen Gründen nur das wenigste über den Preis der respektiven Verbände hinausgedrungen und von diesem wenigen ist in unserer schnelllebigen Zeit vieles trotz seiner Bedeutung der Vergessenheit verfallen. Wer von den jungen Gewerkschaftsmitgliedern hat heute beispielsweise Kenntnis von Fritz Pöplons verdienstvoller Geschichte der Organisation der Maurer Deutschlands oder von Heinrich Bürgers fleißiger Arbeit: Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890, von der trotz ihres großen historischen Wertes und trotz des Spottpreises kaum eine Auflage abgesetzt worden ist. Zur Kenntnis der Gewerkschaftsbewegung sind solche Arbeiten und mehr oder weniger alle Publikationen der Gewerkschaften, mögen sie nun zu agitatorischen oder organisatorischen Zwecken bestimmt sein oder mag es sich um statistische Arbeiten handeln, unbedingt erforderlich.

Eine Uebersicht der gewerkschaftlichen Literatur war bisher selbst dem gewerkschaftlichen Publizisten oder Agitator kaum möglich. Die Generalkommission oder vielmehr in ihrem Auftrag Genosse Johann Sassenbach, der in den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen in Berlin über gewerkschaftliche Literatur liest, hat sich nun bemüht, ein Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur* zusammenzustellen. Wir können diese Zusammenstellung nur begrüßen, denn sie hilft einem dringenden Bedürfnis ab.

Auf Vollständigkeit kann sie allerdings auch nicht entfernt Anspruch machen. Das ist wohl weniger die Schuld des Genossen Sassenbach als einer Reihe von Verbandsvorständen und Verlagsbuchhandlungen, die es, wie in einer Bemerkung mitgeteilt wird, an der nötigen Unterstützung des Herausgebers haben fehlen lassen. Aber auch wenn alle gewerkschaftlichen Zeitungen Hand in Hand arbeiten, wird es nicht so bald möglich sein, ein lückenloses Verzeichnis der gewerkschaftlichen Literatur herzustellen, da ältere Schriften zu einem guten Teil schon der Vergessenheit verfallen sind.

Nach unserer Meinung bedarf das Verzeichnis aber auch einer bedeutenden Erweiterung, soll es dem gewollten Zwecke dienen, dem für die gewerkschaftliche Bewegung interessierten einen Einblick in das Schriftwesen der Gewerkschaften zu gewähren. Daß der Herausgeber Statuten und Geschäftsordnungen der Organisationen in das Verzeichnis nicht aufnehmen will, halten wir allerdings für richtig, da diese Schriften sich mehr für eine archivalische Sammlung als für eine gewerkschaftsbibliographische eignen. Unberührend ist uns aber die Nichtaufnahme von Agitationschriften, Vorstandsbereichten, Protokollen von Generalversammlungen sowie Statistiken einzelner Verufe, weil gerade diese Schriften zu den wertvollsten unserer gewerkschaftlichen Literatur zählen.

Besonders in den Agitationschriften kommt die ganze Eigenart unserer gewerkschaftlichen Bewegung zum Ausdruck. Unsere Agitationschriften sind keine einfachen, für den Augen-

blick geschaffene Flugblätter mehr, es sind zumeist umfangreichere Publikationen von dauerndem Wert, auf deren inhaltliche und äußere Ausgestaltung großer Fleiß verwendet wird. Diese Schriften sind in einem Verzeichnis unserer Literatur nicht gut zu entbehren. Uebrigens hat der Herausgeber auch schon ein gut Teil der Agitationsliteratur bestimmter Verbände in sein Verzeichnis aufgenommen, nach unserer Meinung sollten aber alle diese Schriften darin Aufnahme finden.

Unentbehrlich sind auch die Vorstandsberichte, die für viele Organisationen dieselbe Bedeutung haben, die man den von einigen Gewerkschaften neuerdings herausgegebenen Jahrbüchern beimißt. Sie geben am übersichtlichsten und erschöpfendsten Aufschluß über die in Frage kommenden Gewerkschaften und sind deshalb zur Beurteilung des Wirkens und der Entwicklung derselben unentbehrlich. Für ebenso unentbehrlich halten wir aber die Generalversammlungsprotokolle. Denn wie kann man sich über die Wandlungen beispielsweise der taktischen Auffassungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung innerhalb des letzten Jahrzehnts informieren ohne ein Studium gerade dieser Protokolle?

Wichtig zur Beurteilung der deutschen Gewerkschaften sind auch ihre Zahlreichen und zum Teil recht bedeutenden statistischen Arbeiten. Gerade dieses Gebiet ist von unserer Organisation mit Eifer und teilweise auch mit großem Erfolg gepflegt worden. Jedenfalls möchten wir die statistischen Arbeiten, beispielsweise des Maurerverbandes, des Holzarbeiterverbandes oder des Steinarbeiterverbandes in einem Verzeichnis der deutschen gewerkschaftlichen Literatur nicht entbehren.

Vielleicht empfiehlt es sich auch, das Verzeichnis nach und nach zu einer Bibliographie der Literatur der Gewerkschaften und über die gewerkschaftliche Bewegung auszugestalten. In Zeitschriften und Werken verstreut erscheinen jetzt eine Fülle von Abhandlungen, die zur Beurteilung der Gewerkschaften oder einer speziellen gewerkschaftlichen Frage von Wichtigkeit sind. Der Herausgeber würde sich jedenfalls ein großes Verdienst um die gewerkschaftliche Bewegung erwerben, wenn er das Verzeichnis in der angegebenen Weise erweitern würde.

In dem vorliegenden Verzeichnis vermiffen wir eine Reihe wertvoller Schriften über unsere Bewegung, die auch nach dem vom Herausgeber für seine Arbeit vorgeschickten Plane darin Aufnahme finden müßten. Wir wollen nur einige nennen, die uns gerade einfallen: Ludwig Bamberg, Die Arbeiterfrage unter dem Gesichtspunkt des Vereinsrechts, Stuttgart 1873; Dr. A. Geld, Die deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart, Leipzig 1873; Rudolf Meyer, Der Emanzipationskampf des vierten Standes, 2 Bände, Berlin 1874 und 1875; Jahn, Die Organisation der Prinzipale und Gehilfen im deutschen Buchdruckgewerbe, Leipzig; Gerstenberg, Die neuere Entwicklung des deutschen Buchdruckgewerbes in statistischer und sozialer Beziehung, Jena 1892; Bechtle, Die Gewerkschaften in der Schweiz, Jena 1888; A. Sartorius v. Waltershausen, Die nordamerikanischen Gewerkschaften unter dem Einfluß der fortschreitenden Produktionstechnik, Berlin 1886; Gustav F. Steffen, Studien zur Geschichte der englischen Lohnarbeiter mit besonderer Berücksichtigung der Veränderungen ihrer Lebensbedingungen, 3 Bände, Stuttgart 1901; Heinrich Perfer, Die Arbeiterfrage. Eine Einführung, Berlin 1902; Dr. Dion. Will, Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Elsaß-Lothringen im Vergleich zu dem in Frankreich und im Deutschen Reich geltenden Rechte, Freiburg 1899; W. G. v. Reizwitz Ca canny, (Nur immer hübsch langsam). Ein Kapitel aus der modernen Gewerkschaftspolitik, Berlin 1902; Der Streikerlaß des Ministers v. Puttkamer vor dem deutschen Reichstage, Nürnberg 1886; Theodor Leipart, Die Lage der Stuttgarter Arbeiterfrage, Stuttgart 1900; Werner Sombart, Die gewerkschaftliche Arbeiterfrage, Leipzig 1904; auch Franz Mehrings vierbändige Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, J. G. W. Dietz) dürfte Aufnahme finden.

Von der Literatur der modernen Gewerkschaften vermiffen wir unter andern das im Verlage von E. Jenen u. Co. in Hannover 1890 erschienene Schriftchen Beitrag für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, das in vieler Hinsicht vorbildlich geworden ist für die von einzelnen Gewerkschaften später herausgegebenen Zeitschriften. Ferner fehlt die im Jahre 1900 von dem Verband der Väter herausgegebene Geschichte dieser Organisation.

Die Literatur der kirchlich-katholischen Gewerkschaften ist wohl vollständig vertreten, dagegen vermiffen wir die zur Beurteilung der christlichen Gewerkschaften wichtigen Schriften: Dr. Fr. Gise, Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung, M.-Gladbach; des Jesuitenpaters L. Demkühl, Arbeitsvertrag und Streit, Freiburg i. B. 1892 und Bischof v. Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christentum. Ferner fehlt das Handbuch der christlichen Gewerkschaften und Material für Reden in Versammlungen des Volksvereins für das katholische Deutschland, M.-Gladbach 1901, in dem auch die christlichen Gewerkschaften behandelt sind.

Das Verzeichnis soll, wenn wir recht unterrichtet sind, später entsprechend ergänzt zur Ausgabe gelangen. Da werden sich die oben genannten und andre fehlende Werke leicht einfügen lassen. Jedenfalls verdient Genosse Sassenbach und mit ihm die Generalkommission für die Herausgabe dieses Verzeichnisses unsern wärmsten Dank. (Holzarbeiterzeitung.)

Bericht des 9. Gaues (Sitz Straßburg).

Die erfolgreiche Wirkung des ersten Versuchs mit der Anstellung eines besoldeten Gauleiters im Würzburger Gebiet veranlaßte den Nürnberger Verbandstag, noch weitere 5 Besoldete anzustellen. Zentralvorstand und Delegierte waren sich klar, daß in Elsaß-Lothringen alle die Voraussetzungen, die zur Anstellung besoldeter Gauleiter führten, im höchsten Maße zutreffen. Dasselbe gilt von dem dem Straßburger Gau angegeschlossenen badischen Schwarzwald. Wenn schon die allgemeinen Verhältnisse die Anstellung rechtfertigten, oder richtiger zur Notwendigkeit machten, so wurde dies noch erhöht durch den Ausgang der Bewegungen in den beiden Hauptgebieten des Straßburger Gaues. Die Aussperrung in Madweiler-Waldhambach und der Streik der Granitarbeiter im Schwarzwald, die beide für uns bekanntlich mit einer Niederlage endeten. Es galt vor allem, einen Rückgang unserer Organisation, wie er in solchen Fällen leicht eintritt, zu verhindern. Wenn dies im Schwarzwald nicht nur allein gelang, sondern auch ein erfreulicher Fortschritt bezeichnet werden konnte, so war es im elsässischen Bruchgebiet leider aus verschiedenen Gründen nicht möglich.

Die allgemeinen Verhältnisse im Straßburger Gau sind wiederholt im Steinarbeiter beleuchtet worden, so daß sich ein Eingehen hierauf erübrigt. Nur sei darauf hingewiesen, daß in Elsaß-Lothringen die Arbeiterschaft noch vollständig im Banne des Alexicalismus befangen ist. Hierzu gestellt sich der allmächtige Einfluß eines Unternehmertums, daß jede selbständige Regierung der Arbeiterschaft mit den brutalsten Mitteln unterdrückt. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß im Reichsland die Arbeiterschaft sich das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht erst erkämpfen muß, während im übrigen Deutschland die Arbeiterschaft vermittels des Koalitionsrechts um Ver-

* Berlin 1906. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpft. Mögen sich auch im Laufe der letzten Jahre diese Zustände in den größeren Städten und Industriebezirken gebessert haben, in den Bruchgebieten, wo unsere Berufskollegen noch abgeschlossen von der Welt und dem Einfluß einer aufwärts strebenden Arbeiterschaft abgeschlossen sind, treffen wir sie noch in aller Schärfe an.

Als ich Anfang Juni mein Amt antrat, war ich mir nicht im Zweifel, daß das mir zugeteilte Gebiet wohl dasjenige war, in dem eine energische Agitation am nötigsten war, in dem aber auch die Verhältnisse für die Entfaltung derselben am ungünstigsten lagen. Vor allem mußte es meine Aufgabe sein, das Bestehende zu festigen, ehe an Neuerwerbungen gedacht werden konnte. Der damalige Gau umfaßte nach dem Verzeichnis 21 Zahlstellen (mit Ausschluß von St. Johann a. d. S., das dem Mannheimer Gau zugeteilt wurde.) Tatsächlich existierten von diesen 21 aber nur noch 18. Alle Erfolge und Anfänge der Organisation, die nach jahrelangen Bemühungen und erheblichen Opfern von Seiten der Straßburger Kollegen ins Leben gerufen waren, waren wieder verloren gegangen. Zum Teil infolge der Machweiler Aussperrung, wie auch der plötzlichen Einstellung aller Agitationsarbeiten, da längere Zeit gar keine Gauleitung bestand. Diese Unterlassungssünde mußte sich in der erwähnten Weise bitter rächen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß dort, wo eine Zahlstelle einget, sei es infolge eines verlorenen Kampfes, des Sichselbstüberlassens oder aus andern Gründen, es doppelt schwer ist, wieder Fuß zu fassen, das entstandene Mißtrauen zu beseitigen. Zwei der verlorenen Zahlstellen konnten noch gehalten werden, so daß sich die Zahl auf 15 belief. Die inneren Verhältnisse in den bestehenden Zahlstellen waren zum Teil trostlos. Dies zeigte sich besonders gelegentlich der Einführung des neuen Markenmaterials am 1. Juli und der hierdurch veranlaßten Abrechnung des Hauptkassierers mit den einzelnen Zahlstellen. Dort der Bemühung der leitenden Kollegen in den verschiedenen Orten gelang es fast überall, Ordnung zu schaffen, allerdings nicht ohne manchen Verdruß, der vermieden werden konnte, wenn vorher mehr Wert auf eine geordnete Buchführung gelegt worden wäre. Auch außer der Ordnung der Finanzen sind die sonstigen inneren Verhältnisse bessere geworden. Die Erhaltung geregelter innerer Verhältnisse ist die unerläßliche Voraussetzung allen Fortschritts in einer Zahlstelle, besonders gilt dies von den Kassenverhältnissen, deren geordnete Führung den stärksten Pfeiler einer Zahlstelle, das Vertrauen der Mitglieder, bildet. Aus diesem Grunde ist bei allen Besuchen der Zahlstellen hierauf besonderer Wert gelegt worden. Die nächstliegende Aufgabe war die Bearbeitung des Elsaß-Lothringischen Bruchgebietes. Wie bereits herborgehoben, sind die bestehenden Anfänge der Organisation dort wieder verloren gegangen, und alle anfänglichen Bemühungen, wieder Fuß zu fassen, scheiterten. Die Unternehmer hatten den Beschluß gefaßt, vor dem 1. Juli keinen der Anfang Dezember 1905 ausgesperrten wieder einzustellen. Dieser Beschluß wurde nicht nur rückwärts- los durchgeführt, sondern auch nach diesem Termin gelang es nur wenigen, Arbeit zu erhalten. Eine große Anzahl der dortigen Kollegen mußte den ganzen Sommer außerhalb ihr Brot zur Erhaltung ihrer Familien zu verdienen suchen. Darunter aber auch die tüchtigsten, die befähigt und geneigt gewesen wären, mit tätig zu sein in der Agitationsarbeit und mir für meine Bemühungen einen Stützpunkt bilden konnten. Dadurch stellten sich allen Versuchen erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Der größte Teil der während dem Sommer noch im Bruchgebiet Beschäftigten stand den Organisationsbestrebungen nicht nur gleichgültig, sondern gar feindselig gegenüber. Der Versuch, die Kollegen in den Brüchen aufzusuchen, mußte bald als aussichtslos aufgegeben werden. Einmal, weil die Besitzer oder Pächter der vielen kleinen Brüche meist nur „Unternehmern“ und den Arbeitern ist ein sehr familiäres und daher ein Einwirken auf Letztere, im Besonderen in gewerkschaftlichem Sinne erschwert, wenn nicht unmöglich. Mit mehr oder weniger Höflichkeit folgt dann in der Regel die Aufforderung zum Verlassen des Bruches. In den größeren Brüchen ist gleichfalls eine Werkstattagitation ausgeschlossen. Es ist vorgekommen, daß die Kollegen den Polizei noch besonders aufmerksam machen auf meine Absichten. Zum andern ist es die direkte Feindseligkeit der Kollegen, die eine Bruchagitation aussichtslos macht. Hierbei fällt noch ein besonderer Umstand erschwerend ins Gewicht. Es ist für den Nicht-Elsaßler nicht leicht, den Dialekt zu verstehen, viel weniger noch, ihn zu sprechen. Dies hat mir besonders in der ersten Zeit viel Mühe verursacht. Nirgends ist dies für einen agitatorisch Tätigen nachteiliger, als im Reichsland, wo die Bevölkerung noch überwiegend partikularistisch gesinnt ist. Ein Nicht-Elsaßler ist ein „Schwoob“, ob seine Wiege am Neckar oder an der Elbe gestanden hat. Und von vornherein kommt man diesen schon mit Mißtrauen entgegen. Als ein weiterer Hemmschuh trat der Mangel geeigneter Lokale in Erscheinung. In der Umgegend von Pfalzburg konnte nicht ein einziges Lokal aufgetrieben werden. Dort kommen an 1000 Steinarbeiter in Frage. Hätten wir einige Versammlungen abhalten können, so hätten wir nicht nur die Zahlstelle Pfalzburg halten, sondern aller Voraussicht nach auch weitere Fortschritte machen können. Noch einer weiteren Tatsache sei Erwähnung getan, die sich unangenehm fast überall bemerkbar machte. Die Kollegen in den meisten Bruchorten wohnen weit herum im Umkreise verstreut. Nach Schluß der Arbeitszeit ist jeder bestrebt, möglichst schnell heim zu kommen. Manche benützen auch die Bahn. Abendversammlungen an Werktagen sind daher auch dort, wo Lokale vorhanden sind, selten möglich. An den Sonntagen oder Sonnabends drängt sich dann alles zusammen.

Es waren also eine Reihe von Hindernissen vorhanden, die nicht zu unterschätzen sind. Auch als es allmählich gelang, verschiedene Verbindungen anzuknüpfen, ließ sich vor der Hand nicht viel unternehmen. Das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer bei der vorigen Aussperrung schreckte alle vor einem zweiten Versuch zurück. Trotzdem ist die Arbeit aber nicht ganz vergeblich gewesen. Die Unternehmer sorgten selbst mit dafür, daß den Arbeitern die Augen geöffnet wurden und erzeugten durch beispiellos niedrige Löhne eine Unzufriedenheit und Erbitterung, die sich stärker erweisen wird, als die Furcht vor möglicher wirtschaftlicher Schädigung. Aber auch dadurch, daß eine große Anzahl Steinhauer hinausgetrieben wurde nach Straßburg, Metz usw., haben die Betroffenen an eignen Leibe und Geldbeutel die segensreiche Wirkung der Erfolge des Steinarbeiterverbandes gespürt. Diese Erfahrung wird mit beitragen, uns den Weg in dieses Gebiet zu bahnen.

Nicht im gleichen Maße ungünstig lagen die Verhältnisse im badischen Teil des Gaues. Auch dort hatte zwar der verlorene Streik einen Rückgang unserer Organisation herbeigeführt. Es gelang aber hier, die Scharte wieder auszuweihen. Und nicht nur dies, es konnten hier eine Anzahl Kollegen dem Verband neu zugeführt, und zwei Zahlstellen, Seebach und Lüttschbach neu gegründet werden. Hier im Schwarzwald leidet unsere Agitation vor allem unter dem Ueberwiegen der italienischen Kollegen. Die Heranziehung italienischer agitatorischer Kräfte konnte mit Rücksicht auf die hohen Kosten nicht im nötigen Umfange geschehen. Hiermit allein wäre auch wenig geholfen, wenn nicht befähigte Kollegen fortlaufend agitatorisch tätig sind. Für die Zukunft wird es sich aber dringend empfehlen, der Agitation unter den Italienern erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Das angefangene Studium der italienischen Sprache habe ich aus Zeitmangel wieder einstellen müssen. Auf sprachlichem Gebiet ist dies nicht die einzige Schwierigkeit im Gau. Im Metz wäre Kenntnis der französischen Sprache dringend erwünscht.

Ein Umstand hat sich im ganzen Gau während des zweiten Halbjahres äußerst erschwerend bemerkbar gemacht. Die Granitindustrie im Schwarzwald und die Sandsteinindustrie überall litten unter einer Geschäftsflaute, wie sie hier selten beobachtet worden ist und die in unerfreulichem Gegensatz zu dem allgemeinen Geschäftsgang in der Steinindustrie stand. An verschiedenen Orten betrug die Zahl der Beschäftigten nur die Hälfte der sonst durchschnittlich Beschäftigten.

Bei einer zahlenmäßigen Vergleichung der Organisationsziffern im Gau bei Beginn meiner Tätigkeit und am Schluß des Jahres wirken die Erfolge nicht besonders ermutigend. In den 17 Zahlstellen waren Anfang Juni 1073 organisierte Kollegen vorhanden, am Jahresluß 1148. Eine Zunahme von nur 75 Mitgliedern. Verglichen mit der Zahl der Mitglieder Ende 1905 gar nur eine Zunahme von 29 (von 1119 auf 1148). In den neugegründeten Zahlstellen sind aber allein 170 Mitglieder vorhanden, ohne die, welche in den bestehenden Zahlstellen gewonnen wurden. Dieses Mißverhältnis erklärt sich aus der Abnahme der Zahl der Beschäftigten im Gau. Anfang Juni waren beschäftigt 2083, am Jahresluß 1577. Anfang Juni standen 1073 Organisierten 1010 Indifferente gegenüber, am Jahresluß 1148 Organisierten 429 Indifferente. Diese Ziffern gelten nur für die bestehenden Zahlstellen, nicht für die Beschäftigungszahl im ganzen Gau.

Dieses Resultat einer siebenmonatlichen Tätigkeit ist alles andre als zufriedenstellend. Aber man vergesse nicht, daß unter den eingangs erwähnten widrigen Umständen es ein Zeichen der Festigung unserer Position in einem Gebiet ist, in dem unser Einfluß bisher fast null war. Ein bescheidener Erfolg kann es schon genannt werden, wenn in einer Geschäftsflaute, in der die Zahl der Beschäftigten um 25 Prozent sinkt, die Zahl der Organisierten um 7 Prozent steigt.

Ausbau und Ausbreitung der Organisation ist zwar die vornehmste Aufgabe gewesen, aber bei weitem nicht die einzige. Es ist nicht möglich, alle verschiedenen Gebiete der gesamten Tätigkeit hier erschöpfend zu behandeln, als Abschluß von Tarifverträgen, Regelung von Lohndifferenzen, Ueberwachung der Durchführung der Bundesratsverordnung und sonstiger Schutzgesetze, Wahrnehmung der Rechte der Kollegen aus der Versicherungsgesetzgebung usw. Eine ganze Reihe von Eingaben und Beschwerden mußten gemacht werden und waren von Erfolg begleitet.

Die schriftliche Agitation war von vornherein unter den obwaltenden Umständen nicht viel erfolgversprechend und hielt sich infolgedessen in mäßigen Grenzen. Außer verschiedenen Steinarbeiterzeitungen in letzter Zeit gelangten 2000 Flugblätter zur Verteilung. Die Korrespondenz belief sich auf 272 Eingänge und 486 Ausgänge.

Bei allen vorstehenden Ausführungen ist auf das dem Gau neu zugeteilte Gebiet erklärlicherweise nicht Bezug genommen worden. Die Neuzuteilung erfolgte erst Anfang Dezember. Berücksichtigung der Verhältnisse und Veränderungen in diesem Gebiet würden nur das Bild meiner Tätigkeit verschieben und die auch dort erfolgten Fortschritte unserer Organisation unverbildeterweise auf mein Konto setzen. Wäher habe ich erst zweimal diesen Teil des Gaues besucht.

Nun zu einem ebenfalls wichtigen Punkt, die Kostenfrage der besoldeten Gauleitungen. Von der Zentralkasse wurden aufgegeben 2500 Mk., einschließlich des übernommenen Kassenbestands eine Gesamteinnahme von 2526.64 Mk. Dem steht eine Ausgabe von 2430.84 Mk. gegenüber, so daß am Jahresluß ein Bestand von 95.80 Mk. verbleibt. Die Kosten für Umzug und Inventarananschaffung belaufen sich auf rund 250 Mk. Es verbleiben demnach für die gesamte mündliche und schriftliche Agitation etwa 2180 Mk., was einen jährlichen Kostenaufwand von 3750 Mk. annähernd bedeuten würde. Durch die beschlossene Vergrößerung des Gaues werden sich die Kosten allerdings durch erhöhte Reisegelder vermehren. Demgegenüber haben wir aber die Gauleiter der einzelnen Zahlstellen, die auf jährlich 450 Mark veranschlagt werden kann. Diese Beiträge werden ja auch zu agitatorischen Zwecken verwendet und soll durch sie die Zentralkasse entlastet werden. Eins würde die Kosten erheblich vermehren können, die nachhaltige Agitation unter den Italienern. Im verfloffenen Jahre wurde für italienische Agitation ausgegeben 61.55 Mk. Nennenswerte Erfolge konnten trotzdem nicht verzeichnet werden. Jedenfalls wird in Zukunft in dieser Beziehung mehr getan werden müssen, wenn wir uns nicht einer groben Unterlassungssünde schuldig machen wollen.

Uebersichten wir nun am Schluß das Resultat der gesamten Tätigkeit, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß mit der Anstellung besoldeter Gauleiter allein noch kein Alibi-mittel geschaffen ist, daß im Handumdrehen jahrzehntelange Krankheiten am Steinarbeiter-Gewerkschaftskörper heilen kann. Um die Tätigkeit der Gauleiter wirksam gestalten zu können, müssen erst eine Reihe Hindernisse beseitigt und Voraussetzungen einer gedeihlichen Entwicklung geschaffen werden. Darin aber bin ich mit allen leitenden Kollegen im Gau einig, daß die Anstellung eines besoldeten Gauleiters für den Straßburger Gau sich als segensreich erwiesen hat. Mögen sich die Erfolge auch nicht in imponierenden Zahlen ausdrücken (ein Teil unserer Kollegen mag sich nach den erfreulichen Erfolgen im Würzburger Gau überschwänglichem Optimismus hingeeben haben), so haben wir doch eine feste Position errungen und vor allen Dingen für die Zukunft gesichert. Und dies ist in einem Gebiet von nicht zu unterschätzender Bedeutung, in dem die Zahl unserer Verbandsmitglieder vom Schluß des 3. Quartals 1905 bis zum Antritt meines Amtes ständig im Fallen begriffen war. Von 1593 fiel die Zahl auf 1073. Es ist dies der einzige Gau, in dem diese bedauerliche Tatsache konstatiert werden mußte. Bei meiner Tätigkeit mußte ich mit äußerster Vorsicht, mit einem langsamen Fühlen und Tasten beginnen. Für die Zukunft bleibt nun die aussichtsreichere Arbeit des Weiterbauens auf den gewonnenen Grundlagen.

Ähnlich dem bisherigen Hauptgebiet des Gaues, dem elsässischen Bruchgebiet, ist das mit neu zugeteilte Maulbronner Gebiet. Auch dort ist der Zukunft noch ein reiches Arbeitsfeld vorbehalten. Es gilt nun, im begonnenen Jahre mit frischen Kräften ans Werk zu gehen und hoffen wir, im nächsten Bericht bessere Resultate als in diesem verzeichnen zu können. Zum Schluß danke ich allen Kollegen, die mir bei meiner Tätigkeit helfend und ratend zur Seite standen und bitte sie, mir auch in Zukunft ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Hugo Braun, Gauleiter.

Rundschau.

Ein Beitrag zur gesicherten Existenz der deutschen Arbeiterklasse. Die gesicherte Existenz des deutschen Arbeiters bis ins hohe Alter hinein, wurde in folgender Verhandlung vom Landgericht München II wieder trefflich illustriert. Auf Aufruf durch den Gerichtsdiener humpelt ein 68jähriger, gichtleidender, kreuzlahmer und mit einem grauen Staar behafteter Holzarbeiter, auf einem Stoch gestützt, mühsam in den Gerichtssaal. Er bezieht eine Invalidenrente von täglich 40 Pfg. Seine Unterstützungsgemeinde ist sehr arm: die Gemeindeumlage beträgt 200 Prozent. Damit der Invaliden mit seiner Familie nicht auch der Gemeinde zur Last falle, empfahl ihm der Bürgermeister, sich durch „leichte“ Arbeit noch einiges zu verdienen. Das tat der Angeklagte auch. Seine leichte Arbeit besteht darin, daß er im Walde Kahltriebe ausstöckelt.

Er kann täglich nur 4—5 Stunden arbeiten. Da er nicht weite Strecken gehen kann, errichtete er jeweils in der Nähe seines Arbeitsplatzes eine kleine Holzhitte, in der er mit seiner Familie kampierte. Zu seinem geringen Mobiliar gehört ein kleiner Ofen, dessen Auszugrohr über das aus Brettern angefertigte und teilweise mit Blech bedeckte Dach hinausragt. In dieser Hütte wohnte der arme Teufel vom August 1905 bis Juli 1906. Das Bezirksamt brachte ihn zur Anzeige, weil er entgegen der Polizeivorschrift diese Hütte aufgestellt hat, ohne die bauliche Genehmigung eingeholt zu haben. Das Schöffengericht Wolfratshausen erkannte auf Freisprechung. Auf eingelegte Berufung des Amtsanwalts bestätigte das Landgericht München II dieses Urteil, weil die Hütte nicht als eine feuergefährliche Waldhütte zu erachten, eventuell aber wegen Verjährung nicht mehr strafbare Uebertretung des § 367 Ziffer 2 R.-Str.-G.-B. vorliege.

Ein Zentrumsurteil über Arbeiterkandidaturen. Die in Berlin im Germania-Verlag erscheinende ultramontane Märkische Volkszeitung, ein Ableger der Germania, macht sich in einer Notiz über den famosen nationalliberalen Arbeiterkandidaten Christoph Jung lustig, der unlängst zu seiner Empfehlung erklärte, er sei nicht ein „Ausharbeiter“, sondern ein „wirklicher Arbeiter“, der nach Schluß der Reichstagsession wieder in die Werkstätte zurückkehren werde. Das Zentrumsblatt sagt wörtlich:

„Wahrscheinlich wird der Brabe in seiner unerschöpflichen Naivität überhaupt der Werkstätte nicht den Rücken kehren zu brauchen. Im übrigen verrät aber diese seine Verteuerung eine grenzenlose Unkenntnis der parlamentarischen Verhältnisse. Ein Parlamentarier, der in der vorgeschobenen Position eines Arbeitervertreter im Parlament tätig sein will, wird dieser Arbeit seine ganze Kraft jahraus jahrein zu widmen haben. Abgeordnete, die das nicht tun, werden niemals etwas anderes, als Paradeduppen sein können.“

Früher urteilte das Zentrum anders. Früher machte es den unehrlichen Schwaß von den Arbeitergroßen, die sich als Parlamentarier oder Beamte von Arbeitergroßen mähteten, munter mit. Heute, wo die christlichen Arbeiterorganisationen selbst einen so zahlreichen Stab von Beamten unterhalten, ist das Zentrum gezwungen, der Wahrheit die Ehre zu geben. Uebrigens sollte man sich diese Ueßerungen merken, wenn es später einmal wieder dem Zentrum einfallen sollte, in seine ible Gewohnheit von ehedem zurückzufallen.

Lieb Heimatland, ade! Wenn man jetzt in der Wahlzeit die nationalen Blätter von der paradiesischen Herrlichkeit des deutschen „Vaterlandes“ schwärmen hört, sollte man meinen, alle Volksgenossen füllten sich im Schöße dieses Vaterlandes kammbarisch wohl. Die Statistik redet eine andre Sprache. Die Auswanderung deutscher Reichsangehöriger über Hamburg in den letzten 10 Jahren wird durch nachstehende Ziffern festgelegt:

1897	8 802	1902	17 654
1898	8 360	1903	20 238
1899	11 136	1904	17 680
1900	12 264	1905	16 422
1901	13 354	1906	20 057

Fast alle diese Auswanderer sind Proletarier oder proletarische Existenzen, die den Staub des „Vaterlandes“ von den Füßen schütteln, das ein Vaterland der Reichen ist.

Unter dem Einfluß der neuen Zolltarife wandert auch die Industrie ins Ausland aus, wo sie mit geringeren Produktionskosten arbeiten kann. Auf Veranlassung des Stadtlatesten und Präsidenten der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft, Raempff, ist eine Untersuchung über die Auswanderung der deutschen Industrie nach dem Auslande veranfaßt worden, die bestätigt, daß die Befürchtungen berechtigt waren.

Der Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter hält seinen neunten Verbandstag am 7. April und folgende Tage in Hamburg (Gewerkschaftshaus) ab. Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: 1. Bericht des Verbandsvorstandes und der Redatoren; Bericht des Ausschusses; Bericht der Redaktion und Prüfkommission. 2. Bericht vom Gewerkschaftsfongress zu Köln 1905 und Wahl der Delegierten zum nächsten Kongress. 3. Allgemeiner Internationaler Arbeiterkongress 1907. 4. Unterstützungsetzungen im Verbanne. 5. Beratung der Anträge zum Statut. 6. Beratung der übrigen Anträge, welche noch nicht erdigt sind. 7. Gebaltsfrage und Wahlen.

Das Partei-Archiv, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, sucht möglichst schnell durch Geschenk oder eventuell durch Kauf zu erwerben:

Berliner Volksblatt,
Jahrgang 1888, 1., 2. und 3. Quartal.
Jahrgang 1889, 1. und 2. Quartal,
Jahrgang 1890, 1., 2., 3. und 4. Quartal.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 15. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Getrocknete Datteln. — Die Situation des Reiches. Von R. Kautsky. (Schluß.) — Das Zweiparteiensystem in den Vereinigten Staaten. Eine Erwiderung von Robert Sattler (Chicago). — Die letzten Reichstagswahlen. Von Adolf Braun. — Der Freisinn und die Stichwahlen im Jahre 1903. Von R. Wl. — Der Militarismus im Deutschen Reich. Von Rudolf Krasft. — Literarisches Rundschau: Professor Dr. Gustav Straßhof-Gratzmann, Das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich seit 1893. Von G. Eckstein. Dr. jur. G. Herr, Der Zusammenbruch der Wirtschaftsfreiheit und der Sieg des Staatssozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von r. h.

Neue Wahlroschären sind in der Buchhandlung Vorwärts erschienen:

Das verbotene Blatt. Wendet sich gegen das Bestreben der Gegner, die Arbeiter vom Besuch sozialdemokratischer Versammlungen abzuhalten und das Leben sozialdemokratischer Zeitungen und Broschüren zu unterjagen. Einzelpreis 5 Pfg., 100 Exemplare 1 Mark.

Das neue Anebelegeseh gegen die Gewerkschaften. Enthält die Verhandlungen des Reichstags über den Gesetzentwurf betreffend die gewerblichen Berufsvereine nebst dem Entwurf des Gesetzes, der Begründung und einer kritischen Betrachtung desselben. Preis 75 Pfg.

Womit man vor Sozialdemokraten grau Ich macht. Ein Mahnwort an die Reichstagswähler. Enthält die landläufigsten Widerlegungen der gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe: Die Sozialdemokraten wollen das Eigentum aufheben. — Die Sozialdemokratie will die Ehe und Familie abschaffen. — Die Sozialdemokratie will die Religion beseitigen. — Die Sozialdemokratie ist vaterlandslos, international und republikanisch. — Die Sozialdemokratie will Revolution und Umsturz. — Patriotismus und Sozialdemokratie. Preis 10 Pfg.

Winke für die Reichstagswahlen. Ein unentbehrliches Schriftchen für jeden bei der Wahlagitiation tätigen Genossen. Einzelpreis 10 Pfg.

Führer durch das Vereins- und Versammlungswesen. Zugleich ein Wegweiser für die Reichstagswahlen. Neue, durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 30 Pfg.